

Festschrift 50 Jahre Bundesverfassungsgericht

Herausgegeben von
HORST DREIER
und PETER BADURA

Mohr Siebeck

Festschrift
50 Jahre Bundesverfassungsgericht

I + II



Festschrift

50 Jahre Bundesverfassungsgericht

herausgegeben von
Peter Badura und Horst Dreier

Mohr Siebeck

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Festschrift 50 Jahre Bundesverfassungsgericht / hrsg. von Peter Badura und
Horst Dreier. – Tübingen : Mohr Siebeck

ISBN 3-16-147627-1 / eISBN 978-3-16-162178-9 unveränderte eBook-Ausgabe 2022

© 2001 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde gesetzt und gedruckt von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier. Den Einband besorgte die Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen.

Vorwort

Das Bundesverfassungsgericht gibt dem Geltungsanspruch der Verfassung institutionell Ausdruck und verleiht ihrem Vorrang Durchsetzungskraft. Das Grundgesetz hat das Bundesverfassungsgericht als Schlußstein in das Gebäude der rechtsstaatlichen Demokratie eingefügt, als Organ der Rechtsprechung und allen übrigen Verfassungsorganen gegenüber selbständigen und unabhängigen Gerichtshof des Bundes. Das Staatsleben und die Jurisprudenz, die Tätigkeit von Behörden und Gerichten sind in Breite und Tiefe in früher kaum vorstellbarem Ausmaß durch das Grundgesetz bestimmt und damit dem maßgebenden Einfluß der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts unterworfen. Dessen Autorität fußt auf der Autorität der Verfassung und stärkt diese durch die Überzeugungskraft seiner Entscheidungen, mit denen es die Geltungskraft des Grundgesetzes durch verbindliche Auslegung und Rechtsfortbildung sichert. Gericht wie Verfassung können und müssen sich dabei letztlich allein auf die politische und gesamtgesellschaftliche Akzeptanz ihrer Aussagen und Entscheidungen stützen.

Wenn aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens des Bundesverfassungsgerichts in einer Festschrift ein Überblick über Stellung und Arbeit des Gerichts sowie über den Ertrag seiner Rechtsprechung gegeben wird, wird damit die Institution geehrt, zugleich aber dem Dank Ausdruck gegeben, der den Richterinnen und Richtern des Bundesverfassungsgerichts geschuldet wird. Die Festschrift schließt damit an die Festgabe aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1976 an. Unter den Veränderungen der politischen Gegebenheiten und des Rechts stellt die Erfüllung des vom Bundesverfassungsgericht beharrlich festgehaltenen Wiedervereinigungsgebots durch die Herstellung der Einheit Deutschlands, ungeachtet der ungebrochenen verfassungsrechtlichen Kontinuität, das bei weitem einschneidendste Geschehen dar. Von langfristig das Staatsrecht umbildender Bedeutung erweist sich der Prozeß der europäischen Integration, durch den das Bundesverfassungsgericht in ein noch nicht vollständig auslotbares „Kooperationsverhältnis“ zum Europäischen Gerichtshof geführt wird. Über diesen beiden das Verfassungsleben besonders berührenden Vorgängen darf freilich der kontinuierliche und oft unspektakuläre Prozeß der Entfaltung, Konkretisierung und Präzisierung der grundgesetzlichen Bestimmungen, namentlich der Grundrechte und der auf föderaler Grundlage entfalteten Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaates sowie des parlamentarischen Regierungssystems und der Parteiendemokratie, nicht übersehen und in der Würdigung vernachlässigt werden.

Diese Festschrift für das höchste deutsche Gericht versteht sich als repräsentative Gabe der Staatsrechtslehrer der Bundesrepublik Deutschland. Von daher mußte auf eine Beteiligung der Kollegen aus Österreich und der Schweiz ebenso verzichtet werden wie auf die von ehemaligen oder derzeitigen Richtern des Bundesverfassungsgerichts. Da das Manuskript von Herrn Bryde bereits geraume Zeit vor seiner Wahl zum Bundesverfassungsrichter vorlag, gab es freilich keine Veranlassung, vom Abdruck abzusehen.

Die Gesamtkonzeption der Festschrift, insbesondere die Auswahl von Themen und Autoren, wurde von den Herausgebern gemeinsam erarbeitet. Die redaktionelle Betreuung des ersten Bandes oblag Peter Badura, die des zweiten Horst Dreier. Die Herausgeber möchten auch an dieser Stelle ihren Mitarbeitern, Frau Carolin Dafner und Herrn Christian Dittert (beide München) sowie Frau Andrea Laube (Würzburg), für die sachkundige Unterstützung Dank sagen. Die Drucklegung des Werkes ist durch einen großzügigen Zuschuß des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gefördert worden, dem die Herausgeber dafür ebenso zu besonderem Dank verpflichtet sind wie dem Verlag Mohr Siebeck für die vorzügliche Zusammenarbeit.

München und Würzburg
im Mai 2001

Peter Badura und Horst Dreier

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
---------------	---

Band I

I. Verfassungsgerichtsbarkeit

Christian Starck

Das Bundesverfassungsgericht in der Verfassungsordnung und im politischen Prozeß	1
----------------------------------------------------------------------------------------	---

Fritz Ossenbühl

Bundesverfassungsgericht und Gesetzgebung	33
-------------------------------------------------	----

Stefan Koriath

Bundesverfassungsgericht und Rechtsprechung („Fachgerichte“)	55
--------------------------------------------------------------------	----

Hans Meyer

Die Wiedervereinigung und ihre Folgen vor dem Forum des Bundesverfassungsgerichts	83
-----------------------------------------------------------------------------------------	----

Matthias Schmidt-Preuß

Die Transformation der DDR-Wirtschaft und die offenen Vermögensfragen ..	131
--------------------------------------------------------------------------	-----

Horst Dreier

Verfassungsstaatliche Vergangenheitsbewältigung	159
-------------------------------------------------------	-----

Jochen Abr. Frowein

Die Europäisierung des Verfassungsrechts	209
------------------------------------------------	-----

Jürgen Schwarze

Das „Kooperationsverhältnis“ des Bundesverfassungsgerichts mit dem Europäischen Gerichtshof	223
---------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Christian Tomuschat

Das Bundesverfassungsgericht im Kreise anderer nationaler Verfassungsgerichte	245
-------------------------------------------------------------------------------------	-----

Klaus Lange

Das Bundesverfassungsgericht und die Landesverfassungsgerichte	289
----------------------------------------------------------------------	-----

Peter Häberle

Das Bundesverfassungsgericht als Muster einer selbständigen Verfassungsgerichtsbarkeit	311
----------------------------------------------------------------------------------------------	-----

<i>Peter Lerche</i>	
Stil und Methode der verfassungsrechtlichen Entscheidungspraxis	333
<i>Gerd Roellecke</i>	
Sondervoten	363
<i>Helmuth Schulze-Fielitz</i>	
Wirkung und Befolgung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen	385
<i>Thomas Oppermann</i>	
Das Bundesverfassungsgericht und die Staatsrechtslehre	421
<i>Rainer Wahl</i>	
Die Reformfrage	461
<i>Klaus von Beyme</i>	
Das Bundesverfassungsgericht aus der Sicht der Politik- und Gesellschaftswissenschaften	493

II. Verfassungsprozeß

<i>Eckart Klein</i>	
Verfahrensgestaltung durch Gesetz und Richterspruch: Das „Prozeßrecht“ des Bundesverfassungsgerichts	507
<i>Brun-Otto Bryde</i>	
Tatsachenfeststellungen und soziale Wirklichkeit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	533
<i>Peter Selmer</i>	
Bund-Länder-Streit	563
<i>Jost Pietzcker</i>	
Organstreit	587
<i>Werner Heun</i>	
Normenkontrolle	615
<i>Christoph Gusy</i>	
Die Verfassungsbeschwerde	641
<i>Robert Uerpmann</i>	
Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung	673
<i>Friedrich Schoch</i>	
Einstweilige Anordnung	695
<i>Georg Hermes</i>	
Senat und Kammern	725
Sachregister	751

Band II

III. Klärung und Fortbildung des Verfassungsrechts

<i>Klaus Stern</i>	
Die Grundrechte und ihre Schranken	1
<i>Hans Dieter Jarass</i>	
Die Grundrechte: Abwehrrechte und objektive Grundsatznormen. Objektive Grundrechtsgehalte, insbes. Schutzpflichten und privatrechtsgestaltende Wirkung	35
<i>Wolfgang Riefner</i>	
Der personale Grundzug der Grundrechte und der Grundrechtsschutz juristischer Personen	55
<i>Michael Kloepfer</i>	
Leben und Würde des Menschen	77
<i>Friedhelm Hufen</i>	
Schutz der Persönlichkeit und Recht auf informationelle Selbstbestimmung	105
<i>Juliane Kokott</i>	
Gleichheitssatz und Diskriminierungsverbote in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	127
<i>Hans Peter Bull</i>	
Freiheit und Grenzen des politischen Meinungskampfes	163
<i>Martin Bullinger</i>	
Medien, Pressefreiheit, Rundfunkverfassung	193
<i>Thomas Vesting</i>	
Zur Entwicklung einer „Informationsordnung“	219
<i>Otto Depenheuer</i>	
Freiheit des Berufs und Grundfreiheiten der Arbeit	241
<i>Matthias Herdegen</i>	
Garantie von Eigentum und Erbrecht	273
<i>Bodo Pieroth</i>	
Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Mitbestimmung	293
<i>Rolf Gräwert</i>	
Deutsche und Ausländer: Das Staatsangehörigkeits-, Ausländer- und Asylrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	319
<i>Helmut Lecheler</i>	
Das Berufsbeamtentum – Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit –	359
<i>Martin Heckel</i>	
Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	379
<i>Philip Kunig</i>	
Der Rechtsstaat	421

<i>Bernhard Schlink</i>	
Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	445
<i>Hartmut Maurer</i>	
Rechtsstaatliches Prozessrecht	467
<i>Edzard Schmidt-Jortzig</i>	
Grenzen der staatlichen Strafgewalt	505
<i>Klaus Vogel</i>	
Die Steuergewalt und ihre Grenzen	527
<i>Martin Morlok</i>	
Demokratie und Wahlen	559
<i>Peter M. Huber</i>	
Parteien in der Demokratie	609
<i>Hans-Peter Schneider</i>	
Das Parlamentsrecht im Spannungsfeld von Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz	627
<i>Rupert Scholz</i>	
Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem	663
<i>Rüdiger Wolfrum</i>	
Auswärtige Beziehungen und Verteidigungspolitik	693
<i>Josef Isensee</i>	
Der Bundesstaat – Bestand und Entwicklung	719
<i>Joachim Wieland</i>	
Finanzverfassung, Steuerstaat und föderaler Ausgleich	771
<i>Eberhard Schmidt-Aßmann</i>	
Die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	803
<i>Rainer Pitschas</i>	
Soziale Sicherungssysteme im „europäisierten“ Sozialstaat	827
<i>Hasso Hofmann</i>	
„Umweltstaat“: Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und Schutz vor den Gefahren und Risiken von Wissenschaft und Technik in staatlicher Verantwortung	873
<i>Peter Badura</i>	
Verfassung, Staat und Gesellschaft in der Sicht des Bundesverfassungsgerichts	897

Anhang

I. Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts 1951 bis 2001	
1. Die Richterinnen und Richter in alphabetischer Reihenfolge (1951–2001)	913
2. Die Entwicklung der Zusammensetzung des Gerichts in zeitlicher Abfolge (1951–2001)	915

3. Die Präsidenten und Vizepräsidenten des Gerichts	930
a) Die Präsidentin und die Präsidenten	930
b) Die Vizepräsidentin und die Vizepräsidenten	930
II. Das Bundesverfassungsgericht im Spiegel der Statistik	
1. Verfahren seit 7. September 1951 bis 31. Dezember 2000	931
2. Verfahrenseingänge seit 7. September 1951	932
3. Eingänge, aufgeschlüsselt nach Verfahrensart	934
4. Erledigungen	936
a) Plenums-/Senats-/Kammerentscheidungen	936
b) Erledigungen auf sonstige Weise: z.B. mitentschiedene Verfahren etc.	938
5. Als verfassungswidrig beanstandete Normen	940
Autoren	943
Sachregister	947

Das Bundesverfassungsgericht in der Verfassungsordnung und im politischen Prozeß

Christian Starck

I. Das Bundesverfassungsgericht in der Verfassungsordnung

1. Vorrang der Verfassung

Die Verfassungsordnung, wie sie das Grundgesetz festlegt, begründet, organisiert, lenkt und begrenzt staatliche Herrschaft. Die Legitimation und damit Begründung der Staatsgewalt fließt aus zwei Quellen, und zwar aus der grundrechtlichen und der demokratischen Freiheitsidee¹: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Art. 20 Abs. 1 Satz 1 GG). Und: „Das Deutsche Volk bekennt sich ... zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Art. 1 Abs. 2 GG). Die so legitimierte Staatsgewalt wird nach Grundsätzen der Gewaltenteilung und der Bundesstaatlichkeit organisiert (Art. 20 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 GG) und ist an Grundrechte gebunden (Art. 1 Abs. 3 GG), die die Staatsgewalt begrenzen. Diese auf Berechenbarkeit zielenden Schranken der verfassungsrechtlich begründeten und aufgebauten staatlichen Herrschaft werden ergänzt durch Schutzpflichten (z.B. Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG), konkrete Verfassungsaufträge (z.B. Art. 6 Abs. 1, 4, 5 GG) und allgemeine verfassungsrechtliche Zielbestimmungen (z.B. Sozialstaatlichkeit gemäß Art. 20 Abs. 1, Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG).

Das herrschaftsbegründende und herrschaftsbeschränkende Verfassungsrecht ist wie alles Recht auf Verbindlichkeit (Normativität) angelegt, insbesondere soll es nicht von der – wenn auch demokratisch legitimierten – jeweiligen einfachen Mehrheit manipuliert werden können. Diese Zielrichtung steht mit der demokratischen Legitimation des Grundgesetzes nicht im Widerspruch. Denn das Grundgesetz als Produkt der verfassungsgebenden Gewalt (*pouvoir constituant*) des Volkes, die 1949 repräsentativ ausgeübt worden ist², bindet die von ihm eingerichtete Staatsgewalt (*pouvoir constitué*), solange nicht auf dem Wege und im Rahmen des Art. 79 GG die Verfassung geändert wird. Diese Bindung der Staatsgewalt an die Verfassung nennt man Konstitutionalismus, zu deutsch: Verfassungsstaatlichkeit, die begrifflich den Vorrang der Verfassung vor einfachem Gesetzesrecht zum Inhalt hat.

¹ Ausführlich dazu *Ch. Starck*, Grundrechtliche und demokratische Freiheitsidee, in: HStR Bd. II (1987), § 29.

² *Ch. Starck*, in: H. von Mangoldt/F. Klein/Ch. Starck, Bonner Grundgesetz, Bd. I, 4. Aufl. 1999, Präambel Rdnr. 17ff. m.w.N.

Der Vorrang der Verfassung hat in der berühmten Entscheidung des U.S. amerikanischen Supreme Court *Marbury v. Madison* (1803) erstmalig praktische Anerkennung gefunden und seine klassische Begründung erhalten, die der Chief Justice *John Marshall* in Anknüpfung an eine Aussage *Alexander Hamiltons* in dem *Federalist*³ so formuliert hat⁴:

„It is a proposition too plain to be contested, that the constitution controls any legislative act repugnant to it; or that the legislature may alter the constitution by any ordinary Act. Between these alternatives there is no middle ground. The constitution is either a superior paramount law, unchangeable by ordinary means, or it is on a level with ordinary legislative acts and, like other acts, is alterable when the legislature shall please to alter it. If the former part of the alternative be true, then a legislative act contrary to the constitution is not law; if the latter part be true, then written constitutions are absurd attempts, on the part of the people to limit a power, in its own nature illimitable.“

Dieses hier wiedergegebene Zitat ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es die argumentative Basis für die praktische Durchsetzung des Vorrangs der Verfassung durch richterliche Normenkontrolle darstellt⁵. In diese Tradition⁶ hat sich das Grundgesetz mit der Einführung der Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2, Art. 100 Abs. 1 GG) gestellt, die, soweit es sich um Parlamentsgesetze handelt, beim Bundesverfassungsgericht monopolisiert ist⁷. Damit sind praktisch gesehen alle Vorstellungen überholt, wonach das Parlamentsgesetz aufgrund seiner demokratischen Legitimation eine automatisch wirkende, grundrechtsschützende Funktion zugesprochen bekommt oder der parlamentarische Gesetzgeber als authentischer Interpret der Grundrechte betrachtet wird⁸.

Der Vorrang der Verfassung spielt nicht nur als Grundlage für einen effektiven Schutz der Grundrechte eine Rolle, sondern ist auch Voraussetzung für die Sicherung der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung, die durch Verfassungsrecht festgelegt wird. Die Bundesstaaten haben sich als wesentliche Förderer der Idee des Vorrangs der Verfassung erwiesen. Denn insbesondere für die Inhaber staatlicher Funktionen in den Ländern ist unmittelbar einsichtig, daß die bundesstaatliche Kompetenzverteilung durch vorrangiges Recht geregelt wird, das nicht mit der einfachen Mehrheit des Bundesgesetzgebers geändert werden kann⁹. Das Grundgesetz sichert die bundesstaatliche

³ The *Federalist* Nr. 78 (1788).

⁴ *Marbury v. Madison* 2 Law Ed. U.S. 60, 73 (1803).

⁵ Vgl. *J. Gough*, *Fundamental Law in English Constitutional History*, Oxford 1955, S. 2; *W. Brugger*, *Einführung in das öffentliche Recht der USA*, 1993, S. 9.

⁶ *Ch. Starck*, *Vorrang der Verfassung und Verfassungsgerichtsbarkeit* (1986), in: ders., *Der demokratische Verfassungsstaat*, 1995, S. 33ff.; *P. Badura*, *Verfassungsänderung, Verfassungswandel, Verfassungsgewohnheitsrecht*, in: *HStR* Bd. VII (1992), § 160 Rdnr. 3ff.

⁷ Soweit nicht bei Landesgesetzen auch eine Zuständigkeit des entsprechenden Landesverfassungsgerichts besteht.

⁸ So die h. L. in der Weimarer Zeit, vgl. *C. Schmitt*, *Inhalt und Bedeutung des zweiten Hauptteils der Verfassung*, in: *G. Anschütz/R. Thoma*, *HStR* Bd. II, 1932, S. 572, 586f., 598; *G. Anschütz*, *Die Verfassung des Deutschen Reiches. Kommentar*, 14. Aufl. 1933, S. 514ff.

⁹ So *C. J. Friedrich*, *Der Verfassungsstaat der Neuzeit*, 1953, S. 258; *K. Loewenstein*, *Verfassungslehre*, 3. Aufl. 1975, S. 249f.; *M. Bothe*, *Die Kompetenzstruktur des modernen Bundesstaates in rechts-*

Kompetenzverteilung außer durch die Möglichkeit der Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2) durch verschiedene Bund-Länder-Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 a, 3, 4, Art. 84 Abs. 4 GG).

Der Schutz des Vorrangs der Verfassung durch das Bundesverfassungsgericht¹⁰ manifestiert sich also hauptsächlich im Hinblick auf die Grundrechte und die bundesstaatliche Kompetenzverteilung. Hinzu kommen die Sicherung der Organkompetenzen im Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG) und die Nutzung der genannten Verfahren, um nicht zu übersehenden Gefährdungen des Verfassungsrechts im „Parteienstaat“ zu widerstehen, die daraus resultieren, daß alle großen Parteien oder wenigstens die Mehrheitsgruppierungen zusammenhalten und das die Parteien betreffende Verfassungsrecht unbeachtet lassen. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Parteienrechts würden durch den Wildwuchs verfassungswidriger Praxis überwuchert, wenn nicht das Bundesverfassungsgericht in mehreren Verfahren immer wieder Gelegenheit gehabt hätte, sowohl verfehlte als auch fehlende Regelungen über die Parteien und deren Finanzierung zu beanstanden (siehe die Beispiele unter II 4 a).

Alles zusammengenommen gilt noch heute die Feststellung aus dem Vorwort zur Festgabe aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Bundesverfassungsgerichts (1976), und zwar auch als Programm: „So vermochte die Verfassungsgerichtsbarkeit besonders die Geltung der Grundrechte zu festigen, die rechtliche Gestalt des Parteienstaats zu entwickeln und die zentralistische Aushöhlung des Föderalismus zu hemmen.“

2. Verfassungsrechtliche Funktionenordnung

Die Verteilung der Organkompetenzen im Bund und die bundesstaatliche Kompetenzverteilung setzen, wie dargelegt, den Vorrang der Verfassung voraus. Die Funktionenverteilung sichert ihrerseits den Vorrang der Verfassung, wie in diesem Abschnitt im einzelnen darzulegen sein wird. Damit ist dem Vorrang der Verfassung systemimmanent seine Sicherung mitgegeben. Die innere Verbindung zwischen Verfassung und Gewaltenteilung kommt deutlich in Art. 16 der *Déclaration des droits de l'homme et du Citoyen* von 1789 zum Ausdruck, wo es abstrakt und belehrend heißt: „Toute société dans laquelle la garantie des droits n'est pas assurée ni la séparation des pouvoirs déterminée n'a point de constitution.“ Berücksichtigt man, daß bei der Gliederung der Staatsgewalt der Unabhängigkeit der Rechtsprechung große Bedeutung zukommt, so zeigt sich, wie in der Rechtsprechung eine institutionelle Potenz ruht, den Vorrang der Verfassung zu sichern, und zwar auch gegenüber der Gesetzgebung. Daß damit in den

vergleichender Sicht, 1977, S. 133ff.; Th. Öhlinger, in: FS für Melichar, 1983, S. 125, 135f.; R. Lhotta, Imperiale Verfassungsgerichtsbarkeit und Föderalismus. Das Judicial Committee of the Privy Council und der BNA Act, 1995, S. 13 u.ö.

¹⁰ H. Bethge, in: Th. Maunz/B. Schmidt-Bleibtreu/F. Klein/G. Ulsamer (Hrsg.), Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Loseblattsammlung (1998), Vorb. Rdnr. 3ff. m. w.N.; E.-W. Böckenförde, Verfassungsgerichtsbarkeit: Strukturfragen. Organisation, Legitimation, NJW 1999, S. 9, 10f.

Vereinigten Staaten praktisch begonnen worden ist, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in Art. III Section 2 der Bundesverfassung (1787) bestimmt ist, „the judicial power shall extend to all cases, in law and equity, arising under this Constitution, the laws of the United States, ...“. Die richterliche Gewalt – „vested in one Supreme Court ...“ (Art. III Section 1) – wird im dritten Artikel nach der gesetzgebenden Gewalt (Art. I) und der Exekutive (Art. II) diesen quasi ebenbürtig geregelt. Was in den Vereinigten Staaten entgegen der europäischen Tradition¹¹ aufgrund einer lapidaren Verfassungsnorm begonnen wurde, ist 1949 im Grundgesetz durch die Schaffung des Bundesverfassungsgerichts mit seinen im einzelnen normierten Zuständigkeiten aufgenommen und weiterentwickelt worden.

Im folgenden wird zunächst die Stellung des Bundesverfassungsgerichts in der Verfassungsordnung bestimmt (a), im Zusammenhang damit werden sodann sein Verhältnis zu Gesetzgebung und Regierung (b) sowie die Aufgabenverteilung zwischen Bundesverfassungsgericht und Fachgerichten bei der Urteilsverfassungsbeschwerde erörtert (c).

a) Verfassungsorgane

Die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, den Vorrang der Verfassung zu sichern, verlangt institutionelle Vorkehrungen, die das Bundesverfassungsgericht von anderen Gerichten abhebt. Die Gerichte als Organe der Rechtspflege werden nicht zu den Verfassungsorganen (= obersten Staatsorganen) gerechnet. Denn sie fungieren als Rechtsanwendungsorgane bei der Streiterledigung und haben somit keine Entscheidungen auf der Ebene der Staatsleitung zu treffen. Dies gilt auch dann, wenn Gerichtsentscheidungen politische Wirkungen entfalten. Selbst die obersten Bundesgerichte gelten nicht als Verfassungsorgane, auch wenn sie im Grundgesetz (Art. 95 Abs. 1) erwähnt sind und ihnen in den Prozeßordnungen die Aufgabe der Rechtsfortbildung zugewiesen ist¹². Denn die Gerichte besitzen insbesondere keine Befugnis, Gesetze als verfassungswidrig zu verwerfen oder im Falle ihrer Verfassungswidrigkeit bei Streitentscheidungen unangewendet zu lassen. Aus der Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und in Verfassungsrechtsstreitigkeiten zwischen Verfassungsorganen des Bundes und zwischen Bund und Ländern zu entscheiden, ergibt sich zwangsläufig seine Funktion auf der Ebene der Verfassungsorgane, weswegen das Bundesverfassungsgericht im Einklang mit der Verfassung als Verfassungsorgan qualifiziert wird¹³. Das, was sich aus der Verfassung ergibt, kommt bestätigend in § 1 Abs. 1 BVerfGG zum Ausdruck, wo es heißt, „das Bundesverfassungs-

¹¹ Starck (Fn. 6), S. 49ff.

¹² Ch. Starck, Verfassungsgerichtsbarkeit und Fachgerichte, JZ 1996, S. 1033, 1034 m. w. N.

¹³ Siehe vor allem G. Leibholz, Der Status des Bundesverfassungsgerichts (1952), in: Das Bundesverfassungsgericht 1951–1971, 1971, S. 31ff.; E. Benda/E. Klein, Lehrbuch des Verfassungsprozeßrechts, 1991, S. 25ff.; Bethge (Fn. 10), § 1 Rdnr. 16ff.

gericht ist ein allen übrigen Verfassungsorganen gegenüber selbständiger und unabhängiger Gerichtshof“.

Die auf das 19. Jahrhundert zurückgehende Lehre von dem besonderen Charakter der obersten Staatsorgane definiert diese als unmittelbar von der Verfassung konstituiert und als unabhängig von anderen Organen¹⁴, was nicht ausschließt, daß ein Organ von einem anderen gebildet oder aufgelöst werde¹⁵, selbstverständlich nach verfassungsrechtlichen Regeln. Zur unmittelbaren Konstitution des Verfassungsorgans genügt nicht seine bloße Erwähnung in der Verfassung; vielmehr müssen sich Existenz, Status und die wesentlichen Kompetenzen des Organs aus der Verfassung ergeben¹⁶; das gleiche gilt für die Beziehungen zu den anderen Verfassungsorganen. Alles das trifft für das Bundesverfassungsgericht zu. Denn die Wahl seiner Richter (Art. 94 Abs. 1 GG) und die wesentlichen Verfahrensarten, die die Akte der anderen Verfassungsorgane betreffen, sind im Grundgesetz geregelt (vor allem Art. 93 Abs. 1 GG).

Verfassungsorgane sind auf der Ebene der Staatsleitung tätig. Zwar trifft das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidungen nicht nach politischem Ermessen, es darf vielmehr nur prüfen, ob bei ihm angefochtene Akte gegen die Verfassung verstoßen. Gleichwohl liegen solche Entscheidungen auf der Ebene der Staatsleitung, zu der in einem entwickelten Verfassungsstaat auch die Bewahrung der Verfassung (dazu Näheres unter I 4) gehört¹⁷, die Grundlage und Rahmen staatlicher Tätigkeit ist. Hierdurch wird Befriedung und Integration der Bevölkerung bewirkt, worauf im zweiten Teil zurückzukommen sein wird.

Die begriffliche Klassifizierung des Bundesverfassungsgerichts als Verfassungsorgan, das die Verfassungsbindung der Staatsleitung zu wahren berufen ist, schafft ihm keine zusätzlichen Kompetenzen, verlangt aber wichtige Folgerungen für den Rechtsstatus des Bundesverfassungsgerichts, freilich nicht im Sinne einer begriffsjuristischen Deduktion¹⁸. Vielmehr sind die Folgerungen aus dem verfassungsrechtlichen Regelungszusammenhang¹⁹ abzuleiten, in dem das Bundesverfassungsgericht steht. Die

¹⁴ C.F. v. Gerber, Grundzüge des deutschen Staatsrechts, 3. Aufl. 1880, S. 76f.; G. Jellinek, Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl. 1913, S. 544ff., unterscheidet zwischen unmittelbar durch die Verfassung selbst gegebenen und mittelbaren Staatsorganen, deren Organstellung nicht unmittelbar auf der Verfassung beruht.

¹⁵ O. v. Gierke, Labands Staatsrecht und die deutsche Rechtswissenschaft (1883), Separatdruck, 1961, S. 46, Anm. 2.

¹⁶ K. Stern, Staatsrecht, Bd. II, 1980, S. 344.

¹⁷ Leibholz (Fn. 13), S. 34f.; Ch. Starck, Der verfassungsrechtliche Status der Landesverfassungsgerichte, in: ders./K. Stern (Hrsg.), Landesverfassungsgerichtsbarkeit, Teilband I, 1983, S. 156; A. Weber, Generalbericht, in: Ch. Starck/A. Weber (Hrsg.), Verfassungsgerichtsbarkeit in Westeuropa, Teilband I, 1986, S. 118; H.H. Klein, Verfassungsgerichtsbarkeit und Verfassungsstruktur, in: FS für Franz Klein, 1994, S. 511, 524.

¹⁸ Insoweit treffen die Bedenken nicht zu, die R. Thoma, Rechtsgutachten betreffend die Stellung des Bundesverfassungsgerichts, in: JöR 6 (1953), S. 161, 166, geltend gemacht hat.

¹⁹ Bethge (Fn. 10), Rdnr. 42.

Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts, das Akte anderer Verfassungsorgane auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft, wird gewährleistet durch²⁰:

- den Sonderstatus der Bundesverfassungsrichter, der im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht und im Gesetz über deren Amtsgehalt geregelt ist,
- einen eigenen Einzelplan im Bundeshaushalt und selbständige Bewirtschaftung der Haushaltsmittel,
- die eigenverantwortliche Einstellung aller Bediensteten des Gerichts, einschließlich der wissenschaftlichen Mitarbeiter,
- die Eigenschaft des Präsidenten als oberste Dienstbehörde der Beamten, die am Bundesverfassungsgericht arbeiten,
- den unmittelbaren Verkehr des Bundesverfassungsgerichts mit den anderen Verfassungsorganen des Bundes und der Länder sowie mit den Gerichten.

In einem wesentlichen Punkt unterscheidet sich das Bundesverfassungsgericht von den anderen Verfassungsorganen. Normalerweise sind Einrichtung, Organisation, Zuständigkeit und Verfahren der Verfassungsorgane in der Verfassung geregelt; im übrigen ist für notwendige ergänzende Regelungen in der Verfassung Geschäftsordnungsautonomie vorgesehen²¹. D.h. ein Verfassungsorgan übt seine wesentlichen Funktionen ohne Zwischenschaltung des Gesetzgebers aus, allein aufgrund der Verfassung und selbst gesetzten Rechts. Demgegenüber bestimmt Art. 94 Abs. 2 GG, daß ein Bundesgesetz Verfassung (= Organisation) und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts regelt. Dieser Gesetzesvorbehalt ist nicht als bedauernswerte Inkonsequenz der Verfassung zu betrachten, sondern hängt mit der notwendigen Förmlichkeit des Gerichtsverfahrens zusammen, das zur Gänze schlechterdings nicht in der Verfassung geregelt und ebensowenig der autonomen Regelung des Gerichts überlassen werden kann. Die Justizförmigkeit der Verfahren und Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts selbst bei der Normenkontrolle, einem Verfahren ohne Gegner²², ist eine besondere, in seiner Funktion liegende, nicht wegzudenkende Eigenart seiner Organqualität. Ergänzend zum Gesetz über das Bundesverfassungsgericht gilt eine Geschäftsordnung des Plenums (§ 1 Abs. 3 BVerfGG)²³.

b) Verhältnis des Bundesverfassungsgerichts zu Gesetzgebung und Regierung

(1) *Verfassung als Rahmenordnung.* Die Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts mit der Kompetenz der Normenkontrolle zur Sicherung des Vorrangs der Verfassung

²⁰ Zusammenfassend *Bethge* (Fn. 10), Rdnr. 38f.

²¹ Bundestag Art. 40 Abs. 1 Satz 2 GG, Bundesrat Art. 52 Abs. 3 Satz 2 GG, Bundesregierung Art. 65 Satz 4 GG.

²² Der parlamentarische Gesetzgeber, im Bund der Bundestag und der Bundesrat, im Land der Landtag, ist niemals Antragsgegner in den verschiedenen Normenkontrollverfahren nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2, 4 a, 4 b sowie Art. 100 Abs. 1 GG.

²³ Vom 15. 8. 1986 (BGBl. I, S. 2529), zuletzt geändert am 18. 12. 1995 (BGBl. 1996 I, S. 474); vgl. dazu *Bethge* (Fn. 10), Rdnr. 60ff.

auch der parlamentarischen Gesetzgebung gegenüber erzeugt ein schwieriges Spannungsverhältnis zwischen der demokratisch legitimierten parlamentarischen Mehrheit und einem kontrollierenden Justizorgan²⁴. Verfassungsgerichtliche Normenkontrolle finde statt im Spannungsverhältnis zwischen richterlicher und politischer Sphäre²⁵. Dazu ist zunächst mit *K. Korinek* zu sagen²⁶, daß die Gegenüberstellung von Demokratie und Rechtsprechung in dieser Allgemeinheit nicht stimmt. Denn „die Aufgabe, die Einhaltung der verfassungsgesetzlichen Normierung durch den einfachen Gesetzgeber zu überwachen, ist ... eine demokratische Funktion des Verfassungsgerichts, nämlich die Funktion der Überwachung geringer demokratisch legitimierter Akte auf ihre Entsprechung gegenüber den höher demokratisch legitimierten Akten“. Das Spannungsverhältnis kann jetzt genauer dahin bestimmt werden, daß es besteht zwischen dem politischen Gestaltungswillen der demokratisch legitimierten einfachen Mehrheit der Gesetzgebung und der verfassungsrichterlichen Auslegung der demokratisch höher legitimierten Verfassung, deren Vorrang auf diese Weise gesichert wird.

Somit gewinnt die Verfassungsauslegung durch das Bundesverfassungsgericht eine entscheidende Rolle bei der Wahrung des Vorrangs der Verfassung und bei der Abmessung des politischen Gestaltungsspielraums des parlamentarischen Gesetzgebers²⁷. Verfassungsinterpretation ist vor allen methodologischen Überlegungen mit dem Verfassungsbegriff verknüpft, der, wie dargelegt, die Normativität als Wesensmerkmal enthält. Die Normativität der Verfassung setzt bestimmte Faktoren voraus. Zunächst muß sie durch Gewaltenteilung gesichert sein²⁸. Ferner verlangt die Normativität eine Verfassungsstruktur, die Bewegungsspielraum für die politisch verantwortlichen Organe, insbesondere für die Gesetzgebung gewährleistet²⁹. Denn es ist Aufgabe dieser Verfassungsorgane, die gesellschaftlichen Sachverhalte einzuschätzen und zu regeln. Die dabei bestehende politische Gestaltungsfreiheit darf nicht durch verfassungsgerichtliche Normenkontrolle zunichte gemacht werden. Denn mangels rechtlicher Er-

²⁴ O. Massing, *Recht als Korrelat der Macht?*, in: P. Häberle (Hrsg.), *Verfassungsgerichtsbarkeit*, 1976, S. 411ff., möchte dieses Spannungsverhältnis zugunsten der parlamentarischen Mehrheit auflösen. Der Aufsatz trägt nämlich bezeichnenderweise das folgende Motto von Hegel: „Aber die Rechtspflege tritt ganz aus ihrer Natur, wenn Staatsgewalt ihr Gegenstand werden soll, weil hiermit sie, die wesentlich nur ein Theil des Staats ist, über das Ganze gesetzt würde ...“. Das ist in der Tat die Gegenposition zu *Marbury v. Madison*.

²⁵ P. Badura, *Die Verfassung im Ganzen der Rechtsordnung*, in: HStR Bd. VII (1992), § 163 Rdnr. 35, spricht von dem labilen Gleichgewicht zwischen Gesetzgebung und (Verfassungs-)Rechtsprechung.

²⁶ K. Korinek, *Verfassungsgerichtsbarkeit im Gefüge der Staatsfunktionen*, in: VVDStRL 39 (1981), S. 7, 46.

²⁷ Statt vieler *Badura* (Fn. 25), Rdnr. 7ff.; *M. Brenner*, *Die neuartige Technizität des Verfassungsrechts*, in: AöR 120 (1995), S. 248, 254f.

²⁸ Ch. Starck, *Die Verfassungsauslegung*, in: HStR Bd. VII (1992), § 164 Rdnr. 2.

²⁹ Starck, *Verfassungsstaat* (Fn. 6), S. 53ff.; *R. Wahl*, *Der Vorrang der Verfassung und die Selbständigkeit des Gesetzesrechts*, NVwZ 1984, S. 401, 403; *ders.*, *Der Vorrang der Verfassung*, in: *Der Staat* 20 (1981), S. 485, 486f.; *Brenner* (Fn. 27), S. 265ff.

kenntnissicherheit darf das Bundesverfassungsgericht nicht verschiedene Verfassungsprinzipien (einschließlich Grundrechte) und Staatsziele optimieren und darin eine für ein Regelungsproblem vorgegebene Konkretisierung der Verfassung geltend machen³⁰. Das Bundesverfassungsgericht darf vielmehr nur prüfen, ob sich die politischen Verfassungsorgane im Rahmen der Verfassung gehalten haben³¹. In dieser Begrenzung des Bundesverfassungsgerichts manifestiert sich die Funktionenteilung zwischen politisch gestaltenden Verfassungsorganen im Rahmen der Verfassung und richterlich kontrollierendem Verfassungsorgan (Art. 92 GG), das den Rahmen mit Mitteln der Auslegung bestimmt (siehe unten I 4)³².

(2) *In die Zukunft sich erstreckende komplexe Sachverhalte*. Die Verfassungsmäßigkeit einer gesetzlichen Regelung kann nur überprüft werden, wenn der mit einer Rechtsfolge bedachte Sachverhalt in die Prüfung miteinbezogen wird³³. Sachverhalte, die der Gesetzgeber regelt, unterscheiden sich dadurch von Sachverhalten, über die normalerweise der Richter entscheidet, daß sie nicht abgeschlossen sind und deshalb nicht mit den anerkannten Beweismitteln festgestellt werden können, sondern in die Zukunft hinein offen sind. Genauer ausgedrückt liegen gesetzlichen Regelungen, ähnlich wie Planungsentscheidungen der Verwaltung, Sachbereiche (komplexe Sachverhalte) zugrunde, die als solche erfaßt werden müssen, was oft wertende Tatsachenfeststellungen und Prognosen voraussetzt. Wegen der Unsicherheit der Tatsachenfeststellungen und der Prognosen hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber „eine angemessene Zeit zur Sammlung von Erkenntnissen und Erfahrungen“ zugebilligt, während derer er sich bei seiner Regelung „mit größeren Typisierungen und Generalisierungen begnügen“ darf³⁴. Der Gesetzgeber muß sich aber weiter um die Tatsachen kümmern, Kenntnisse und Erfahrungen sammeln und das Gesetz gegebenenfalls ändern³⁵. Die dem Gesetzgeber zugebilligte Einschätzungsprärogative ist abgestuft, je nach der Eigenart des geregelten Sachbereichs, den Möglichkeiten, sich ein hinrei-

³⁰ Dazu richtig P. Lerche, Die Verfassung als Quelle von Optimierungsgeboten?, in: FS für Stern, 1997, S. 197ff. m.w.N.; auf die Grundrechte bezogen vgl. M. Peters, Grundrechte als Regeln und als Prinzipien, in: ZöR 51 (1996), S. 159, 177ff.

³¹ Diese Aussage gegen eine Optimierungspflicht findet sich in zahlreichen Entscheidungen in verschiedenen Wendungen, vgl. z.B. BVerfGE 77, 170 (214f.); 92, 26 (46). Früher neigte das Bundesverfassungsgericht zu Optimierungen, vgl. BVerfGE 35, 202 (225); 51, 324 (346); zur Kritik vgl. K.E. Hain, Die Grundsätze des Grundgesetzes, 1999, S. 114ff.; grundlegend E.-W. Böckenförde, Die Methoden der Verfassungsinterpretation, NJW 1976, S. 2089, 2091.

³² J. Isensee, Verfassungsrecht als „politisches Recht“, in: HStR Bd. VII (1992), § 162 Rdnr. 43ff.; Klein, FS für F. Klein (Fn. 17), S. 519; K. Stern, Verfassungsgerichtsbarkeit und Gesetzgeber (Nordrhein-Westf. Akademie d. Wissenschaften, Vorträge G 350), 1997, S. 14f.

³³ BVerfGE 7, 377 (412); 50, 290 (332f.); 76, 1 (51f.); 77, 170 (214). Dazu F. Ossenbühl, Die Kontrolle von Tatsachenfeststellungen und Prognoseentscheidungen durch das Bundesverfassungsgericht, in: Ch. Starck (Hrsg.), Bundesverfassungsgericht und Grundgesetz, Bd. I, 1976, S. 458, 478ff.; Badura, (Fn. 25), Rdnr. 25ff.

³⁴ BVerfGE 100, 59 (101), unter Verweis auf frühere Entscheidungen und st. Rspr., vgl. BVerfGE 75, 108 (162).

³⁵ BVerfGE 74, 297 (339).

chend sicheres Urteil zu bilden, und der Bedeutung der auf dem Spiel stehenden Rechtsgüter³⁶. Die Abstufung reicht von einer bloßen Evidenzkontrolle, vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik³⁷, über eine Vertretbarkeitskontrolle bis zu einer intensiven inhaltlichen Kontrolle, die vorgenommen wird, wenn das menschliche Leben³⁸ oder die Freiheit der Person oder andere Grundrechte betroffen sind, soweit es um weitreichende Einschränkungen geht. Die Abgrenzung zwischen den Kontrollstufen ist im Einzelfall oft schwierig; die Typisierung der Kontrollstufen gibt aber gewisse Anhaltspunkte für die Argumentation. Da Gesetze auf die Wirklichkeit verändernden Einfluß nehmen, was auch für experimentierende Gesetzgebung gilt, sind solche Veränderungen bei Neuregelungen zu berücksichtigen und können solche Veränderungen geradezu zu Neuregelungen verpflichten, wie das Bundesverfassungsgericht im Zweiten Abtreibungsurteil festgestellt hat³⁹.

(3) Unpassend für die Abgrenzung gesetzgeberischer und verfassungsrichterlicher Kompetenzen sind die aus der Rechtsprechung des U.S. Supreme Court bekannten Gesichtspunkte der *political question*, über die das Gericht nicht entscheidet, und des *judicial self-restraint*⁴⁰. Beide Argumentationsfiguren passen nicht in das deutsche Verfassungsrecht. „*Self-restraint*“ besagt, daß sich das Gericht aus Eigeninitiative zurückhält. Das mag so sein und sich aus einer vergleichenden Urteilsanalyse ergeben, ist aber kein brauchbarer Gesichtspunkt für die verfassungsrechtliche Beurteilung von Entscheidungen durch die Verfassungsrechtslehre. Wenn man weiter bedenkt, daß das Verfassungsrecht einen Rahmen für die politischen Entscheidungen vorgibt, kann der Umstand, daß eine politische Frage vorliegt, nicht dazu führen, daß dem Verfassungsgericht eine Entscheidung verwehrt ist. Vielmehr hat es zu prüfen und zu entscheiden, ob sich die politische Entscheidung im Rahmen der Verfassung hält. Nur wenn mit *political-question*-Doktrin gemeint ist, daß das Verfassungsgericht nicht selbst politische Fragen entscheidet, sondern nur prüft, ob sich die vom Gesetzgeber entschiedenen politischen Fragen im Rahmen der Verfassung halten, würde diese Doktrin in das deutsche Verfassungssystem passen, müßte dann aber deutlich von der amerikanischen Praxis abgehoben werden, damit kein Mißverständnis entsteht.

(4) *Die verfassungsgerichtliche Kontrolle der Gesetze hat funktionell durchaus etwas mit der Gesetzgebung zu tun.* Sie stellt negative Gesetzgebung dar, soweit das Bundesverfassungsgericht Gesetze für nichtig oder für unvereinbar mit dem Grundge-

³⁶ BVerfGE 50, 290 (333), auch zum folgenden.

³⁷ BVerfGE 40, 196 (223).

³⁸ BVerfGE 39, 1 (51ff.); 88, 203 (262f.).

³⁹ BVerfGE 88, 203 (310ff.).

⁴⁰ Hierfür plädiert R. Dolzer, Verfassungskonkretisierung durch das Bundesverfassungsgericht und durch politische Verfassungsorgane, 1982, S. 19ff. Dagegen vor allem Stern (Fn. 16), S. 961f.; W. Heun, Funktionell-rechtliche Schranken der Verfassungsgerichtsbarkeit, 1992, S. 11f. (Lit.); K. Schlaich, Das Bundesverfassungsgericht, 4. Aufl., 1997, S. 341f.; Brenner (Fn. 27), S. 257f. m.w.N.

setz⁴¹ erklärt⁴². Etwas mehr als negative Gesetzgebung, aber immer noch keine positive Gestaltung findet statt, wenn das Bundesverfassungsgericht ein Unterlassen des Gesetzgebers für verfassungswidrig erklärt oder an den Gesetzgeber appelliert, einem bestimmten Verfassungsauftrag nachzukommen, z.B. den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern (Art. 6 Abs. 5 GG)⁴³. Erst im zwanzigsten Jahr nach Inkrafttreten des Grundgesetzes hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, „daß der Verfassungsauftrag des Art. 6 Abs. 5 GG unmittelbar durch die Gerichte verwirklicht werden kann und muß, sofern der Gesetzgeber ihn nicht binnen angemessener Frist erfüllt“⁴⁴. Wenn man den sehr konkret gefaßten Verfassungsauftrag des Art. 6 Abs. 5 GG ernst nimmt – wofür im Rahmen einer streng normativen Verfassung alles spricht⁴⁵ –, so muß eine 20jährige Untätigkeit des Gesetzgebers richterlich kompensiert werden, hier zunächst durch die ordentlichen Gerichte, aufgrund einer Verfassungsbeschwerde aber letztlich durch das Bundesverfassungsgericht. Unter Gesichtspunkten der Gewaltenteilung erscheint es unproblematisch, wenn der Richter durch die Entscheidung von Einzelfällen hilfsweise einen verfassungsrechtlichen Gesetzgebungsauftrag erfüllt, weil der Gesetzgeber jederzeit seinem Auftrag nachkommen und damit die richterliche Gestaltung überholen kann.

In den Fällen, in denen dem Gesetzgeber eine verfassungsrechtliche Pflicht auferlegt ist, ein Rechtsgut zu schützen, und er dieser Pflicht nicht hinreichend nachkommt, muß das Bundesverfassungsgericht in den Gründen seiner Entscheidung darlegen, weshalb der Schutz nicht ausreicht, was regelmäßig Darlegungen verlangt, wie man sich einen ausreichenden Schutz vorzustellen hat⁴⁶. Diese über die bloße Negation hinausgehenden Darlegungen sind für den Gesetzgeber aber nicht bindend. Er kann auch ein anderes Schutzkonzept wählen, wenn dieses nur das erforderliche Mindestmaß erreicht⁴⁷. Zur Vermeidung des Risikos, erneut verfassungswidrig zu handeln, wird der Gesetzgeber freilich geneigt sein, weitgehend den Darlegungen des Bundesverfassungsgerichts zu folgen.

⁴¹ P.E. Heim, Die Unvereinbarerklärung verfassungswidriger Gesetze durch das Bundesverfassungsgericht, 1988, S. 123ff.

⁴² Ch. Starck, Die Bindung des Richters an Gesetz und Verfassung, in: VVDStRL 34 (1976), S. 74f.; A. v. Brünneck, Verfassungsgerichtsbarkeit in den westlichen Demokratien, 1992, S. 157ff.

⁴³ Vgl. dazu die Kette von Entscheidungen BVerfGE 8, 210 (216ff.) (1958); 17, 148 (154f.) (1963); 25, 167 (173ff.) (1969).

⁴⁴ BVerfGE 25, 167 (188). Diese Frist wurde auf das Ende der 5. Wahlperiode (Herbst 1969) bestimmt.

⁴⁵ Vgl. jüngst U. Fischer, Rechtliche Qualifikationen von Verfassungsaufträgen, Göttinger jur. Diss. 2000, S. 105ff. m.w.N.

⁴⁶ Zur Rechtsprechung vgl. außer Fußnote 47 Ch. Starck, Grundrechtliche Schutzpflichten, in: ders., Praxis der Verfassungenauslegung, 1994, S. 46, 68ff.

⁴⁷ Aus der Rechtsprechung BVerfGE 56, 54 (81); 77, 170 (214f.); 77, 381 (405); 79, 174 (202); 88, 203 (252ff.).

Sachregister zum ersten Band

- Abgeordneter 593, 597
 - Mandat 85, 104ff., 112ff.
 - Organstreit 600ff.
- Abhör – Urteil 519
- Absolutismus 250
- Abtreibungsurteil 9, 42, 46
- Abwägung 349ff.
- Acte de gouvernement 269
- Administrativenteignung 71
- Aktienrecht 739
- Albanien 275
- Alcan – Beschluß 233ff., 243
- Alexy, Robert 351
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 247, 272
- Allgemeiner Gleichheitssatz 291
- Allgemeines Kriegsfolgesgesetz 181
- Allgemeines Register 643, 667
- Altschulden – Urteil 136
- Anhörungsritze 478
- Annahmeverfahren 517
- Anordnung, einstweilige 94, 471, 524, 529f., 591, 695ff.
 - Anordnungsgrund 714ff.
 - Folgenabwägung 702ff.
 - irreparable Folgen 706ff.
 - Kammern 730f.
 - vollendete Tatsachen 711
- Apotheken – Urteil 396, 430, 485
- Appellentscheidung 42, 389, 526f., 636, 637
- Arbeitskampfrecht 41, 554
- Arbeitsplatz, freie Wahl 116
- Arndt, Adolf 201, 208
- Arndt, Claus 368
- Assessoren 371f.
- Asyl – Urteil 51
- Asylrecht 41, 405, 449, 450, 536, 545f., 549
- Aufbau Ost 132
- Auschwitz – Prozeß 195
- Ausland 28
- Ausländerrecht 560
- Ausländerwahlrecht 215, 449
- Auslegung 65
 - verfassungskonforme 358, 389ff., 637f.
- Auslieferung 275
- Außenpolitik 28
- AWACS/Somalia 458
- Baker v. Carr 268
- Bananenmarkt – Beschluß 211, 213, 236ff.
- Bananenmarktordnung 38, 243, 264
- Bayerischer Verfassungsgerichtshof 289, 295, 297, 303f.
- Beamtenbesoldung 148
- Beamtenverhältnisse
 - Art. 131 GG 168ff.
- Befangenheit 518, 530
- Begründungspflicht
 - Gerichtsentscheidungen 376ff.
- Beihilfen (EG) 234f.
- Belgien 247f., 252, 254, 255, 260
- Benda – Kommission 676f.
- Benda, Ernst 201
- Berliner Verfassungsgerichtshof 295, 302f.
- Berufsbeamtentum 170
- Blackmun, Harry A. 276
- Blumenwitz, Dieter 422, 435
- Böckenförde, Ernst – Wolfgang 43, 351, 429, 447ff.
- Bodenreform – Urteil 137ff., 141f., 145, 151ff., 152, 443, 535, 697
- Bodenreform 136, 144, 151
- Bosnien 253, 254, 261, 320
- Brox, Hans 428
- Bryde, Brun – Otto 494, 499
- Bulletin on Constitutional Case Law 287
- Bund – Länder – Streit 3, 469ff., 563ff.
- Bundesaufsicht 564
- Bundesauftragsverwaltung
 - Weisungsrecht 569f., 578
- Bundesbank 215, 593
- Bundesentschädigungsgesetz 178
- Bundesgericht (Schweiz) 274, 314
- Bundeskompetenzen
 - ungeschriebene 16

- Bundesrat 564f.
- Bundesrechnungshof 593
- Bundesstaat 15ff., 566
 - Gleichbehandlungsgebot 576
 - Homogenitätsgarantie 15
 - Kompetenzverteilung 2
 - Neugliederung 578
 - Rechtsverhältnis 568ff., 574, 578
 - Staatsverträge 573
 - Systemverschiebungen 354
- Bundestag
 - Diskontinuität 598
 - erste gesamt – deutsche Wahlen 89ff.
 - Geschäftsordnungsautonomie 102
 - Mandatsprüfung (Stasi) 104ff.
- Bundestagsauflösung 441
- Bundestreue 401, 570f.
- Bundesverfassungsgericht 1ff., 463ff., 508f.
 - „Arbeitsgericht“ 464
 - Entlastung 475ff., 516f., 670, 676
 - Entscheidungen, Akzeptanz 414ff.
 - Entscheidungen, Begründungspflicht 22
 - Entscheidungen, Bindungswirkung 36f., 387ff.
 - Entscheidungen, Gesetzeskraft 395
 - Entscheidungen, Rationalität 26
 - Entscheidungen, Rechtskraft 387f.
 - Entscheidungen, tragende Gründe 390f.
 - Entscheidungen, Vorwirkung 11
 - Entscheidungen, Wirkung 385ff.
 - „Ersatzgesetzgeber“ 45
 - und Fachgerichte 12ff., 55ff., 465, 546, 626, 670, 691f.
 - Geschäftsordnung 509f.
 - und Gesetzgeber 39ff.
 - und Gesetzgebung 35ff., 77
 - als Gericht 355
 - Integrationswirkung 26ff., 412ff.
 - Kammern 675f., 680ff., 725ff.
 - Kontrollaufgabe 34, 36, 49ff.
 - Kontrollmaßstab 74
 - Kontrollstufen 70
 - Kooperationsverhältnis, EuGH 213, 223ff., 490
 - Legitimation 34, 383
 - Modellcharakter 321ff.
 - politische Parteien 31
 - Prüfungsmaßstäbe 52
 - Rechtsfortbildung 81
 - Reform 461ff., 476
 - Richterwahl 31f., 324f., 480
 - Schlüsselentscheidungen 503
 - Senate 725ff.
 - Selbstbindung 393
 - Tatsachengericht 63
 - Tatsacheninstanz 541ff.
 - Überlastung 643, 673f.
 - Unabhängigkeit 6
 - Verfahrensautonomie 649
 - Verfahrensherrschaft 510ff.
 - Verfassungsorgan 4ff., 58, 407, 412
 - Verwerfungsmonopol 622
- Bundesverfassungsgerichtsgesetz 6, 515ff.
- Bundesverfassungsrichter 6
- Bundesversammlung 592
- Bürokratie 374
- C – Waffen – Urteil 440
- Certiorari – Verfahren 671
- Chancengleichheit 596
- Common law 493
- concurring opinion 365
- Conseil constitutionnel 253, 254, 255, 269, 270, 272f., 279, 281f., 284f., 286, 314, 587, 620
- Conseil d’Etat 269
- Corte costituzionale 245, 255, 260, 264, 268, 270, 276, 277, 278, 284, 286
- Dänemark 251, 283
- Dänischer Oberster Gerichtshof 241
- Datenschutz 18, 520, 741
- Demokratie 25, 654f.
- Demokratieprinzip 20
- Demokratischer Aufbau 96
- Deutsche Demokratische Republik 116ff., 120, 162
 - Abwicklung öffentlicher Einrichtungen 115ff., 135
 - Akademie der Wissenschaften 117
 - Beitritt 161
 - Bodenreform 186
 - Enteignungsmaßnahmen 24
 - Hochschullehrer 123f., 125
 - „Mauerschützen“ 202, 205f.
 - Mauerschützen – Beschluß 206f.
 - Nationale Volksarmee 174
 - Öffentlicher Dienst 115ff., 170ff.
 - Rechtsanwaltszulassung 124
 - Rehabilitierung 189ff.
 - Rentensystem 126

- „Republikflucht“ 191
- Richter 174, 203ff.
- Schuldienst 120ff.
- Sozialversicherung 126ff.
- Staatssicherheit 104ff., 121ff.
- Wiedergutmachung 186ff.
- Wiedervereinigung 24
- Deutsche Soziale Union (DSU) 96
- Deutsches Reich 162
- Diäten – Urteil 114f., 433
- Dichgans, Hans 540
- Die Grünen 96
- Dissenting opinions 363ff.
- Draht, Martin 429ff.
- Dred Scott v. Sandford 250
- Drittes Reich 163
- Dürig, Günter 430, 452
- Dürkheimer Gondelbahn 552

- Ehe und Familie 558f.
- Ehmke, Horst 333, 422, 435
- Eigentumsgarantie 135f., 138, 456
 - Renten 127ff.
 - Wiedergutmachungsansprüche 155
- Eigentumsgrundrecht 127
- Eigentumsordnung 41, 133
- Einheit der Verfassung 19
- Einigungsvertrag 85ff., 115f., 118f., 120, 134, 137, 163, 171, 443, 452, 595
- Einzelfallgerechtigkeit 406
- Elfes – Urteil 60f., 386, 396, 430, 485
- Entnazifizierung 165ff.
- Entschädigung
 - NS – Unrecht 180f.
- Entschädigungs – und Ausgleichsleistungsgesetz 146ff., 187
- Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 273
- Ermessen, politisches 5
- Estland 252, 260
- Euro – Beschluß 233
- Euro 456
- Eurocontrol – Beschluß 230, 440
- Europäische Grundrechtscharta 225
- Europäische Integration 25, 28, 209f., 240, 283ff., 405, 439
- Europäische Menschenrechtskonvention 25, 217ff., 248, 279, 668f.
- Europäische Union 212, 214, 223, 264, 569
 - Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 210
 - Europäische Zentralbank 215
 - Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 217, 282f., 325f., 475
 - Europäischer Gerichtshof 261, 264, 325f., 440, 475, 624
 - Letztentscheidungsrecht 231
 - Europarecht 37f.
 - Evidenzkontrolle 9
 - Exekutive
 - verfassungsgerichtliche Kontrolle 12
 - Existenzminimum 416

 - Fachgerichte 394, 417
 - Factortame 249
 - Familie 41f., 403
 - Familienlastenausgleich 416
 - Federer, Julius 365
 - Fernmeldegeheimnis 734, 735
 - Fernseh – Urteil 280, 432, 576
 - Fernsehrichtlinie 217, 579, 584
 - Feststellung einer Tätigkeit 104
 - Finanzausgleich 36, 50, 401, 455, 542
 - Finanzausgleichs – Urteil 51
 - Finanzverfassung 21, 455, 569, 583
 - Finnland 247f.
 - Flick – Untersuchungsausschuß 590, 609
 - Flick – Urteil 441
 - Föderalismus 3, 294, 449, 564
 - Forsthoff, Ernst 333, 451
 - Fraktion 101ff.
 - Frankreich 255, 257, 269, 272, 285
 - Freiheitsidee 1
 - Friesenhahn, Ernst 367, 368, 369, 374, 429, 431ff.
 - Frowein, Jochen 224, 243
 - Funktionelle Betrachtung 76f.

 - Gauck – Behörde 105
 - Geheimdiensthaushalt 601
 - Geiger, Willi 428, 435
 - Geltungsfortbildung, fließende 436
 - Gemeinrechtlicher Prozeß 376
 - Gemeinsame Erklärung vom 15.6.1990 137, 145
 - Gemeinsamer Ausschuß 102
 - Gemeinschaftsrecht
 - Grundrechte 25, 38, 211, 214, 217ff., 225f.
 - sekundäres 624
 - Vorrang 210, 234

- Gesetz
 – Nachbesserungspflicht 637
 – Nichtigerklärung 46, 389
 – und Recht 248
 – Unvereinbarkeitserklärung 389
 Gesetzesauslegung, verfassungskonforme 11, 47
 Gesetzesvorbehalt 40, 48, 56
 Gesetzgeber 2, 8
 – Einschätzungsspielraum 556
 – Gestaltungsfreiheit 635
 Gesetzgebung 39, 50
 – demokratische Legitimation 7
 – Entscheidungsprerogative 8
 – Kontrollstufen 52
 – politische Gestaltungsfreiheit 7, 52, 140f., 150
 – Prognosen 534
 – Schutzpflicht 10
 – Unterlassen 10, 41, 608
 Gesetzgebungsauftrag 10, 41
 Gewalt, auswärtige 48
 Gewaltenteilung 3, 7, 10, 617
 Gleichberechtigung von Mann und Frau 45, 403
 Gleichheitssatz 143ff.
 – allgemeiner 40, 397, 432, 446, 556f., 635
 Gouvernement des juges 247
 Graßhof, Karin 549
 Griechenland 252
 Grimm, Dieter 429, 442ff.
 Grundkonsens, gesellschaftlicher 25ff., 33
 Grundlagenvertrag 86
 Grundlagenvertrags – Urteil 131, 150, 151, 270, 339, 435
 Grundmandatsklausel 83
 Grundrechte 2, 247, 287, 650
 – Auslegung 13f.
 – Ausstrahlungswirkung 47, 57, 65f., 341, 467, 742
 – Bund – Länder – Streit 575f.
 – Eingriffsintensität 64, 70f.
 – Gemeinschaftsrecht 668
 – und Gesetz 41, 55f., 60f.
 – Konkretisierung 44
 – Kontrolldichte 14, 60ff.
 – objektive Funktion 65, 73
 – objektive Wirkung 485, 488
 – politische Teilhabe 654
 – Rechtsschutz 642, 644, 687, 690f.
 – Schutzbereich 67
 – unitarische Wirkung 17
 – Verwirkung 541
 – und Zivilrecht 743
 Grundrechtseingriff
 – Intensität 665
 – Unmittelbarkeit 658f.
 – Verhältnismäßigkeit 741
 Grundrechtsfähigkeit 646
 Grundrechtsjudikatur 73, 326
 Grundrechtsschutz
 – EG – Rechtsakte 229, 238
 Grundrechtstheorie 345
 Gruppenuniversität 434
 Gysi, Gregor 83, 104ff., 543, 599f., 607, 610

 Häberle, Peter 512
 Halbteilungsgrundsatz 56, 379, 404, 456
 Hamilton, Alexander 2
 Heck'sche Formel 13, 65f., 664
 Heller, Hermann 448
 Hemmnisbeseitigungsgesetz 154
 Herzogowina 253, 254, 261
 Herzog, Roman 429, 442ff., 503
 Hess, Rudolf 12
 Hesse, Konrad 422, 426, 429, 434, 435ff.
 Hessischer Staatsgerichtshof 289, 293, 295, 297, 301, 304f., 306, 309
 Hessisches Gleichberechtigungsgesetz 305
 HEW – Beschluß 745
 Heyde, Wolfgang 364, 366, 367
 Hochschulrahmengesetz 17, 126
 Hoheitsrechte
 – Übertragung 209, 212, 231
 Homogenitätsprinzip 305
 Höpker-Aschoff, Hermann 425
 Hoppe, Werner 97
 Humboldt – Universität 123

 Imboden, Max 220
 Industrieenteignungen 136
 Informationelle Selbstbestimmung, Recht auf 397, 558
 Inherent powers 502
 Interamerikanischer Menschengerichtshof 286, 326
 Internationales Militärtribunal 193
 Investitionsgesetz 154
 Investitionshilfe – Urteil 426
 Investitionsvorrangengesetz 154

- In vitro – Befruchtung 270f.
 Ipsen, Hans Peter 210
 Irland 252, 272, 277
 Isensee, Josef 437, 443
 Island 251
 Italien 253, 259f., 261, 264, 267, 281, 587
 Italienische Verfassung 245
 Italienischer Verfassungsgerichtshof 276
- Judicial review 495
 Judicial self – restraint 9, 48, 151, 152, 269ff.,
 339f., 483, 546
 Jugoslawien 604, 611
 Juristenprozeß (Nürnberg, 1947) 194
 Juristische Person
 – Grundrechtsfähigkeit 646, 745
- Kaiser 373
 Kalkar – Entscheidung 12
 kanonischer Prozeß 376
 Kaufmann, Erich 333, 424
 Kelsen, Hans 29, 314
 Kind als Schaden 414
 Kinder, uneheliche 10
 Kirchhof, Paul 429, 441, 454ff.
 Klein, Eckart 382f.
 Klein, Hans – Hugo 429, 435, 447
 Kleist, Heinrich von 369
 Kohärenzgebot 572
 Kommunalverfassungsbeschwerde 15, 629
 Kommunalwahlrecht
 – Ausländer 215
 Kommunikationsfreiheiten 399
 Konkordats – Urteil 432
 Konservativ – progressiv – Unterscheidung 382
 Kontrolldichte 38, 46, 52, 55, 67, 71, 144, 150,
 346
 – Abstufung 632
 Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10 194
 Kostendämpfungsgesetz 556
 Krankenunterlagen 743
 Kriegsdienstverweigerung 449, 450
 Kriegsfolgen – Rechtssprechung 141
 Kriegsfolgeschäden 140
 Kroatien 253
 Kreuzifix – Beschluß 18, 324, 379, 416, 445, 500
 Kunstfreiheit 444
- Länder
 – Organisationshoheit 15
 – Gesetzgebungskompetenzen 15
 Länderfinanzausgleich 21, 324
 Landesgesetzgebung 17
 Landesorganstreitigkeiten 611ff.
 Landesparlamentarismus 16
 Landesverfassungen 293
 – Grundrechte 296, 297ff., 307
 Landesverfassungsgerichte 15, 289ff., 670
 – Bundesrecht 294ff.
 – und Bundesverfassungsgericht 309
 – GG als Prüfungsmaßstab 302ff.
 – Prüfungsmaßstab 294ff.
 – Verfahrensrecht 293
 – Verfassungsbeschwerde 307f.
 – Vorrang des Bundesrechts 296
 Landesverfassungsgerichtsbarkeit 111, 114
 Landfried, Christine 503
 Lasker, Eduard 366
 Legitimation
 – durch Verfahren 378
 Lehensrecht 373
 Leibholz, Gerhard 427, 429, 431ff.
 Leisner, Walter 563
 Lerche, Peter 423, 435
 Lettland 253, 254, 274
 Limbach, Jutta 51, 324, 383
 Litauen 275
 Lohnniveau Ost – West 148
 Londoner Schuldenabkommen 185
 Losverfahren 517f.
 Luhmann, Niklas 378
 Lüth – Urteil 61, 65, 386, 396, 399, 426, 430,
 462, 485, 487f.
 Luxemburg 247f.
- Maastricht – Urteil 211, 212f., 220, 223, 229ff.,
 243, 283, 327, 402, 449, 457f., 490, 744
 Mahrenholz, Ernst Gottfried 450
 Marbury v. Madison 2, 250, 314, 495, 616
 Marshall, John 375
 Maßstäbengesetz 21, 36, 51, 456
 Maunz, Theodor 564
 Mazedonien 266
 Meinungsfreiheit 552
 – Satire 64
 Menschenbild 560
 Menschenrechte 205, 206
 Menschliches Leben 274ff., 278
 Methode 336
 Methodenstreit 333

- Mietrecht 550
 Millgramm, Karl – Heinz 370, 381
 Minderheitenschutz 41, 42
 Mißbrauchsgebühr 667, 685
 Mitbestimmungs – Urteil 52, 438
 Montesquieu 252
 Müller – Arnold – Prozeß 374
 Mutterschutz 116f.
 Mutzenbacher – Entscheidung 445

 Naßauskiesungs – Urteil 438
 Nationale Volksarmee 122
 Nationalsozialismus 166, 177ff., 193
 – Verfolgte 181
 Naturrecht 272
 Naturschutzrecht 747
 Nawiasky, Hans 423
 Nichtigkeit 389
 Niederlande 247f., 279
 Normenkontrolle 2, 7, 33, 46, 51f., 59, 256ff.,
 289, 389, 615ff.
 – abstrakte 258ff., 328, 473f., 523, 554, 565,
 618ff.
 – föderative 580ff.
 – Gesetzeskraft 395, 616, 633
 – konkrete 58, 260f., 472, 525, 621ff., 747
 – Kontrolldichte 540, 543, 630ff.
 – Kontrollstufen 9, 632
 – negative Gesetzgebung 9f.
 – präventive 256ff.
 – Unvereinbarerklärung 634ff.
 Normqualifikation 629
 Normverifikation 629
 Normwiederholungsverbot 391ff., 527ff.
 Norwegen 251
 NS – Unrecht
 – Rechtsbeugung 203f.
 – Verjährung 200f.
 NS – Verbrechen 194, 195, 197ff.
 Numerus – clausus – Urteil 17, 25
 Nürnberger Prozeß 193

 obiter dicta 361, 417, 737ff.
 Öffentlicher Dienst
 – nach 1945 165ff.
 Öffentlichkeit 317, 377, 409
 Ombudsmann 315
 Optimierungspostulat 350
 Organstreit 469ff., 542f., 587ff.
 Organstreitigkeiten 264f., 289

 Organstreitverfahren 3
 Ossenbühl, Fritz 55, 423, 435
 Österreich 252, 257f., 272, 587
 Österreichische Verfassungsgerichtsbarkeit 271
 Österreichischer Verfassungsgerichtshof 28f.,
 245, 253, 264, 271, 276, 277, 282
 Osteuropa 251, 259, 267, 273, 282, 311, 314f.

 Papst 372
 Parlamentarismus 248
 Parlamentsrecht 101ff.
 Parlamentsvorbehalt
 – Streitkräfte 21
 Parteien, politische 29ff., 525
 – Chancengleichheit 31
 – Organstreit 594ff., 599
 – Parteiverbot 265f., 430, 541
 Parteienfinanzierung 30, 42, 401, 427, 433, 590
 Parteiengesetz 30
 Parteienrecht 3
 Parteienstaat 3, 29, 433
 Patent – Beschluß 65
 Paulskirchenverfassung 587
 PDS 83, 96f., 101ff., 110
 Personalvertretung 397
 Planung 545
 Planwirtschaft 132, 134
 Polen 253, 278f.
 Political question 9, 268f., 483, 502, 617
 Politikwissenschaften 493ff.
 Politischer Prozeß 23
 Portugal 29, 245, 252, 253, 255, 260, 267, 276,
 278, 314
 Präambel 209
 Praktische Konkordanz 19, 426
 Prognosen 8, 24, 51, 499, 553ff.
 Prozeßgrundrechte 69, 549
 Prozeßstandschaft
 – Organstreit 605f., 611, 612
 Prüfungsrecht
 – richterliches 4, 615f.

 Rabelais, François 369
 Raketenstationierungs – Urteil 440, 542, 609
 Rastede – Beschluß 453
 Rauschgift 26
 Recht auf Arbeit 273
 Recht
 – überpositives 272
 – ungeschriebenes 273f.

- Rechtliches Gehör 68ff.
 Rechtsfortbildung, richterliche 14, 63, 67f.
 Rechtsgrundsätze, allgemeine 227
 Rechtskraft 387
 Rechtsordnung
 – Widerspruchsfreiheit 572
 Rechtspolitik 493
 Rechtsprechung
 – Legitimation 377
 – Schutz der Verfassung 3
 Rechtsschutz
 – vorläufiger 695ff.
 Rechtsschutzgarantie 548ff., 589, 648, 744
 Rechtssoziologie 493
 Rechtsstaatsprinzip 140, 141, 274, 572, 577
 Rechtsvergleichung 465, 487
 Rechtsweggarantie 645
 Regierung
 – Staatsleitung 5, 150
 – Beurteilungsprärogative 152
 Rehabilitierung 176, 177
 – NS – Unrecht 182f.
 Reichskammergericht 263
 Reichskammergerichtsordnung von 1555 365, 371f.
 Reiten im Walde 444
 Religionsfreiheit 26
 Restitutionsausschluß (1990) 137, 142, 144, 145, 151, 154
 Richterablehnung 529f.
 Richterliches Prüfungsrecht 248
 Richtersozioologie 497
 Richtervorlagen 58, s. Normenkontrolle, konkrete
 Roe v. Wade 276, 286
 Rückerstattung 179f.
 Rückwirkungsverbot 142f.
 Rumänien 255, 257
 Rundfunkfreiheit 18, 44, 280ff., 558
 Rundfunkjudikatur 402f., 446f., 452
 Rundfunkordnung
 – duale 17, 436
 Rundfunkrecht 17, 436f.
 – Gebühren – Urteil 446
 Rupp, Hans-Heinrich 438
 Rupp, Hans 428
 Rußland 253, 256, 259, 267, 494

 Saarstatut 24
 Sachenrechtsbereinigungsgesetz 155, 157
 Sachsen 111f., 295
 Sächsischer Verfassungsgerichtshof 112
 Sächsisches Richterdienstgericht 118
 Sachverhalt
 – zukunftsbezogener 8
 Schäffer, Heinz 29
 Scheuner, Ulrich 437
 Schleyer, Hans – Martin 438
 Schmitt, Carl 424, 448
 Schneider, Hans – Peter 20
 Schneider, Hans 451, 454
 Scholz, Rupert 458
 Schuldprinzip 560
 Schuldrechtsanpassungsgesetz 156
 Schulgebetsentscheidung 437
 Schumannsche Formel 67, 664
 Schutzpflicht
 – grundrechtliche 10, 12, 14, 16f., 39f., 77, 398, 434
 Schwangerenhilfenergänzungsgesetz 16
 Schwangerschaftsabbruch 270, 272, 276ff., 286, 449, 451, 500
 Schweden 251
 Schweiz 251
 SED – Unrecht 201ff.
 – Rechtsbeugung 203ff.
 SED
 – Parteienvermögen 88, 599
 Selbstverwaltung
 – kommunale 41
 Simon, Helmut 443
 Sitzblockaden – Beschluss 363
 Sitzblockaden – Urteil 442
 Sitzblockaden 26, 324, 415
 Slowakei 253, 256
 Slowenien 256, 259
 Smend, Rudolf 18, 27, 324, 413, 424, 425, 436
 Social engineering 496
 Solange I 211, 224, 225, 228, 243, 435, 440
 Solange II 211, 213, 217, 227f., 230, 232, 243, 435, 458
 Soldaten sind Mörder – Beschluß 64, 324, 445
 Somalia 591
 Sonderabgaben 397
 Sondervoten 57, 363ff., 498, 518f., 539
 Soziale Marktwirtschaft 132, 134
 Sozialpartner 404
 Sozialstaatsprinzip 135
 Sozialwissenschaften 493f.
 Spanien 29, 245, 255, 261, 265, 267, 314, 587

- Spiegel – Urteil 363
 Spionagebeschluß 46
 Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich 263, 424
 Staatsgewalt
 – Legitimation 1
 – Schranken 1
 Staatskirchenrecht 436, 437, 449
 Staatsorgane 5
 Staatspraxis 358f.
 Staatsrechtslehre 329f., 333, 386, 396, 411, 421ff.
 Staatssicherheit 122, 173
 – DDR 104ff., 121f., 123
 Staatsvertrag (1990) 84, 133ff., 149
 Staatsverträge 624
 Staatsvolk 405, 560
 Staatszielbestimmung 212
 Startbahn West – Beschluß 444
 Steinberg, Rudolf 300
 Steinberger, Helmut 429, 435, 439ff.
 Stern, Klaus 55, 458
 Steuerrecht 41, 403, 456
 Stil und Methode 333ff.
 Stil 336
 Strafgesetz
 – Rückwirkung 192, 199ff., 206f.
 Strafprozeß 733f., 737
 Strafvollzugsentscheidung 40
 Südafrika 28, 315
 Südumfahrung Stendal 545
 Südweststaat – Urteil 392
 Superrevisionsinstanz 746
 Supreme Court 4, 251, 276, 286, 314, 327, 365, 369, 374, 423, 469, 476, 495, 501, 514, 587, 616
 Systemtheorie 335

 Tabakrichtlinie 232
 Tabakwerbung (EG) 242
 Tanja – Kreil – Urteil 241f.
 Tatsachenfeststellungen 8, 51
 Telekommunikationsrecht 745f.
 Teso – Beschluß 441
 Thomas, Richard 431
 Thüringen 111, 112f.
 Thüringischer Verfassungsgerichtshof 113
 Thüringisches Abgeordnetengesetz 113
 Todesstrafe 275
 Tomuschat, Christian 440

 Ton – und Fernseh – Rundfunkaufnahmen 520
 Transplantationsgesetz 742
 Treuhandanstalt 149
 Tribunal Constitucional 465
 Triepel, Heinrich 424, 431
 Tschechische Republik 253, 256
 Türkei 265, 315

 Übergangsregelung 11, 45
 Übermaßverbot 14
 Ulmer Einsatzgruppen – Prozeß 195
 Ungarischer Verfassungsgerichtshof 270
 Ungarn 255, 279, 286f., 465
 Untermaßverbot 14, 17, 40
 Untersuchungsausschuß 596
 Unvereinbarerklärung 526f.
 Unvereinbarkeit 389
 Urteil, verfassungsgerichtliches 56
 Urteilsverfassungsbeschwerde 12ff., 58ff.
 – Kontrollmaßstab 69
 – Prüfungsumfang 61f.
 – Reform 79f.
 – Subsidiarität 267
 – Superrevision 61, 69
 Urteilsvorbehalt 56

 V – Männer 734
 Vereinigtes Königreich 249
 Verfahren
 – gerichtliches 68ff.
 Verfassung
 – Bundesstaat 353ff.
 – dirigierende 343f.
 – als Einheit 340ff.
 – Europas 216f., 240
 – Europäisierung 209
 – Geschichte 246ff.
 – und Gesetz 2, 5, 7, 33, 39, 247, 386, 550
 – und Gesetzgebung 33
 – als Grundordnung 334, 345
 – Kompetenznormen 353f., 359
 – Konkretisierung 8, 342, 347, 426
 – als Maßstab 337ff., 356
 – materielle 340
 – Normativität 7
 – offene 337, 342
 – Rahmenordnung 6ff., 24, 33, 345
 – Rechtsfortbildung 347f.
 – selbständige 311ff.

- sozialistische 248f.
- Verrechtlichung 482f.
- Vorrang 1ff., 2, 3, 18f., 32, 33, 246, 322, 336, 385, 483, 616, 621
- und Zeit 347f.,
- Verfassunggebende Gewalt 1
- Verfassungsänderung 22, 48, 603
- beitriffsbedürftige Änderungen 87
- völkerrechtlicher Vertrag 86
- Verfassungsauftrag 36, 40
- Verfassungsauslegung 7, 18ff., 24, 27, 78, 252, 317f., 333f., 338, 386f., 425, 557ff., 651f.
- Abwägung 349ff.
- Entstehungsgeschichte 356f.
- funktionelle 346
- Hilfsbegriffe 343f.
- Methode 538
- Rationalität 351f.
- Verfassungsautonomie, der Länder 290f.
- Verfassungsbeschwerde 59, 249, 328f., 414, 474f., 522f., 641ff.
- Annahme 80, 479, 643, 652, 666, 673ff., 728f.
- außerordentlicher Rechtsbehelf 645, 649, 670
- Europa 266ff.
- Fachgerichte 12
- gegen Gerichtsentscheidungen 691
- Landesverfassungsgerichte 290
- Mobilisierungsfunktion 654ff.
- gegen Normen 626f.
- Prozeßstandschaft 647
- gegen Rechtsätze 657ff.
- Rechtsschutzfunktion 644ff.
- Reform 668, 676f.
- Subsidiarität 69, 554, 653, 657, 659ff., 688
- Superrevision 13, 662, 746
- gegen Urteile 465, 475, 546f., 662ff.
- Vorprüfungsausschüsse 728
- Verfassungsgerichte
- Amtszeit der Richter 252f.
- Zusammensetzung 253f.
- Zuständigkeiten 256ff.
- Verfassungsgerichtsbarkeit 28, 35, 245f., 320f., 462ff., 494, 651
- Bundesstaat 263, 287
- Europa 245ff., 489
- Funktion 319f.
- funktionelle Grenzen 540
- und Gesetzgebung 416f.
- Interpretationsmacht 460
- Legitimation 317
- Prüfungsmaßstäbe 272ff.
- Richterwahl 252ff.
- Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen 295
- Verfassungskonflikt (Preußen) 247
- Verfassungsorgane 4ff., 316, 508f., 592
- Reform 462
- Verfassungsprozessrecht 22f., 323, 508ff.
- Beweisverfahren 534ff.
- Eigenständigkeit 512
- Entscheidungen, Begründung 740f.
- Fristen 521
- Rechtsschutzbedürfnis 579
- Tatsachenfeststellungen 533ff.
- Untersuchungsgrundsatz 537
- Verbandsanhörungen 536f.
- Verfassungsrecht
- Bedeutungswandel 557ff.
- Durchsetzung 654f.
- Europäisierung 489f.
- Fortbildung 20, 24, 650ff.
- konkretisiertes 550
- offenes 436
- „spezifisches“ 13, 60, 62f., 65, 547, 551, 663f.
- Verfassungsrechtsprechung 19
- Verfassungsschutz
- politische Parteien 594
- Verfassungsstaat 33, 34, 56, 312, 318, 321f., 338, 410, 420, 451
- Verfassungsstaatlichkeit 1, 249, 251f.
- Verfassungsstreitigkeiten 318f.
- Verfassungsvergleichung 285ff., 312ff., 326ff., 466, 486, 488
- Verfassungswandel 20ff., 348, 436
- Vergangenheitsbewältigung 159ff.
- Verhältnismäßigkeit 51, 227, 486, 555
- Verhältnismäßigkeit 100
- Vermögensfragen, offene 83, 131ff., 136ff., 153ff., 187f., 443
- Ausgleichsleistungen 145ff., 153ff.
- Stichtags – Urteil 143
- Vermögensgesetz 187
- Vermögensrechtsergänzungsgesetz 157
- Vermögenssteuer – Beschluß 41, 42f.
- Versammlungsfreiheit 44, 698, 710
- Versammlungsverbote 698
- Verträge, völkerrechtliche 24, 48, 272
- Vertragsfreiheit 399, 551, 558

- Vertrauensschutz 235
 – rechtsstaatlicher 142, 143
 Vertretbarkeitskontrolle 9
 Verwaltungsautonomie
 – EG – Mitgliedstaaten 236
 Vogel, Klaus 89, 439
 Völkerrechtliche Verträge 624
 Volksbegehren „Keine Startbahn West“ 304
 Volkspolizei 119
 Volkszählungs – Urteil 18, 499
 von Brünneck, Rupp 74
 von Mangoldt, Hermann 209
 Vorabentscheidungsverfahren (EuGH) 223,
 228, 243
 Vorprüfungsausschuß 516
 Vorverständnis 334
- Wahlen, Integrationswirkung 98
 Wahlgleichheit 91, 93, 99f., 101
 Wahlprüfung 85, 96, 364, 523, 544, 629
 Wahlrecht
 – Fünf – Prozent – Klausel 90f.
 – Grundmandatsklausel 96
 – Listenverbindung 90f., 95
 – Unterschriftenquoren 92f.
 – Überhangmandate 99f.
 Wahlrechtsgleichheit 291, 404f., 432, 453, 596
 Wahlrechtsgrundsätze
 – Landesverfassungsrecht 290f.
 Wahlvertrag (1990) 83, 89ff.
 Währungsunion (1990) 149
 Währungsunion (EG) 215, 229, 233
- Waldheimer Prozesse 191
 Warteschleifen – Urteil 135, 171, 444
 Wassermann, Rudolf 366
 Weber, Max 374
 Weber, Werner 425
 Wehrverfassung 21
 Weimarer Staatsrecht 425
 Wertentscheidung
 – objektive 345
 Wertordnung
 – objektive 61
 Wesensgehaltsgarantie 227
 Wesentlichkeitstheorie 434
 Wettbewerbsföderalismus 584
 Widerstandsrecht 371
 Wiedergutmachung 138, 139ff., 164f., 176ff.
 – NS – Unrecht 177ff., 184ff.
 Wiedervereinigung 83ff., 131, 150, 160, 170,
 320, 323, 404f., 443f., 452, 559, 697
 Wiedervereinigungsgebot 88, 131, 210, 402,
 453
 Willkür 665
 – richterliche 72f.
 Wintrich, Josef 425
 Wirtschaftspolitik 9
 Wirtschaftsverfassung 134ff., 404
 Wissenschaftsfreiheit 123, 125, 434
 Wüppesahl – Entscheidung 84, 606, 609
- Zentralverwaltungswirtschaft 132
 Zwei – plus – Vier – Vertrag 131
 Zweigert, Konrad 367

Sachregister zum zweiten Band

Bearbeitet von Andrea Laube, Würzburg

- Abgaben
Wirkungen 783ff.
siehe auch Steuern; Lenkungsabgabe
- Abgaben, nicht-steuerliche
Arten 781
Zulässigkeit 777ff.
siehe auch Abschöpfungsabgabe; Ausgleichs-
abgaben; Erstattungsabgaben; Fehlbele-
gungsabgabe; Lenkungsabgaben; Sonder-
abgaben; Sozialversicherungsbeiträge
- Abgeordneter
Altersvorsorge 851, 870
Bindung an Mandatsobliegenheiten 641
Diäten 644ff.
Doppelstellung 638
einzelne Rechte und Pflichten 637ff., 642ff.,
671
Funktionszulagen 646
öffentliches Amt 641
Status der Freiheit 638f., 645ff.
Status der Gleichheit 582f., 639f., 645ff.,
650ff., 671
Status der Öffentlichkeit 641
verfassungsprozessuale Stellung 638, 644
Zeugnisverweigerungsrecht 519
- Abgeordneter, fraktionsloser 637, 640, 649,
651ff., 671
Anspruch auf gleich hohe Entschädigung 640
Ausschußmitwirkung 651ff., 671
- Abgeordnetenpenden, Transparenzpflicht bei
641f.
- Abhörentscheidung 94
- Abrufdienste *siehe* Filme, individueller Abruf
von ~n
- Abschiebung 100, 351
- Abschöpfungsabgabe 781f.
- Abstammung, Recht auf Kenntnis der eigenen
112
- Abwägungen 453ff., 458ff.
Objektivierung durch wiederholte Überprü-
fung 461
Rationalität 455
Überprüfung 460f.
- Abwehrrechte, Grundrechte als 3, 36f., 46, 49,
51
Gleichheitsrechte als ~ 51
ideengeschichtlicher Ursprung 4
Leistungsrechte als ~ 51ff.
Verfahrensanforderungen 46, 477
*siehe auch die Stichworte zu den einzelnen
Grundrechten*
- Allgemeine Handlungsfreiheit 7, 56, 65, 105ff.,
121ff., 136f., 274, 345f., 349ff., 491f., 500,
527, 535ff., 540, 842f., 867ff., 871
Auffanggrundrecht 105, 122f.
Ausländerschutz 345f., 349ff.
Definition des Schutzbereichs durch den
Grundrechtsträger 123
Entwicklung 105ff., 121ff.
Gesetzesvorbehalt 124
Grundlage des Justizgewährungsanspruches
491f.
Grundlage des Rechts auf ein faires Verfah-
ren 500
juristische Personen 65
Maßstabsreserve 841f., 867f., 871
Persönlichkeitskern 123
Schranken 123ff.
Schutzbereich 7, 121ff.
Sittengesetz 124
sozialversicherungsrechtliche Bedeutung
841f., 867ff., 871
steuerrechtliche Anwendbarkeit 527, 535ff.,
540
Subsidiarität 105, 110
verfassungsmäßige Ordnung 108, 124
Verhältnismäßigkeit des Eingriffs 124f.
Vermögensschutz 274
Vertrauensschutz 842, 868f.
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht 85, 96, 108ff.,
116f., 119f., 167, 169, 173f., 178, 190f., 515f.,
Adressat 110f.
Eingriff 113f.
faktische Beeinträchtigungen 114

- Kommunikationsgrundrechte und ~ 111f.
 postmortaler Schutz 85
 Pressefreiheit und ~ 111f.
 Prominente und ~ 111f.
 Schadensersatz wegen Verletzung 190
 Schranken 114ff.
 Schutzaufgabe des BVerfG 191
siehe auch Sphärentheorie
 Allgemeinheit des Gesetzes 27
 Allgemeinverbindlicherklärung 299, 316
 Allgemeinwohlklausel 287f.
 Alternativenreduktion 230, 238
 Altersruhegeldgrenze, vorgezogene 150f.
 Altersversorgung, betriebliche 138, 851, 860, 867
 Amt, Pflichtgebundenheit des staatlichen ~es 572f.
 Ämterpatronage, parteipolitische 372
 Amtsausübung, Kontrollunterworfenheit der 573
 Amtsautorität 183
 Anachronistischer Zug 171
 Analogieverbot 440
 Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft 809ff., 820
 Angemessenheit *siehe* Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne
 Anknüpfungsverbot 153f., 156
 Anlagen, Genehmigungsverfahren für gefährliche *siehe* Gentechnik; Kernenergie
 Anthropozentrik 875
 Anwartschaften, Schutz von 276
 Apothekenurteil 244, 246, 251, 255, 260f.
 Arbeit
 Grundfreiheiten der ~ 246f., 256ff.
 Recht auf ~ 247, 257f.
 Arbeitnehmerschutz 259
 Arbeitskampfrecht 300, 308, 312ff.
 Abwägung 312
 Ausgestaltung durch Richterrecht 313f.
 Ausgestaltungsauftrag an Gesetzgeber 313
 Beamte und ~ 308, 313, 315, 370f.
 Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 312f.
 Grenzen 312ff.
 Kontrollpflichten des Gesetzgebers 313
 Wesentlichkeitstheorie 313
 siehe auch Aussperrung; Streikrecht
 Arbeitslosenversicherung 845, 849, 860, 866f., 870
 Asylrecht 352ff.
 Angriffe Dritter 355f.
 politische Verfolgung 355f.
 Schutzbereich 353ff.
 Atomenergie *siehe* Kernenergie
 Aufenthalt, Grundrecht auf 349f.
 Aufkommen, örtliches 788f.
 Aufsicht, Verschärfung der staatlichen 817
 Auftragsverwaltung, Grenzen der Weisungsbezugnis bei der 722
 Aufwandsteuern, örtliche 554, 556
 Ausbildungsfreiheit als Teilhaberecht 44f.
 Ausbürgerung in der NS-Zeit, Folgen der 322, 331
 Ausgaben, notwendige 796
 Ausgestaltungsfunktion eines Grundrechts 18, 50, 53, 298, 313, 489
 Ausgewogenheitspflege 211
 Ausgleichsabgaben 781f.
 Ausländer
 Begriff 343f.
 Einwanderung 327f.
 Integration 328
 Rechtsstatus 319, 343ff.
 Schutz durch Art. 2 I GG 345f., 349ff.
 Schutz von Ehe und Familie 347, 350ff.
 Status der Unionsbürger 344
 Wahlrecht 326f., 805
 Zuzug und Aufenthalt 347ff.
siehe auch ausländische juristische Personen
 Ausländerrecht 343ff.
 Ausländervereine 70f.
 ausländische juristische Personen 64, 67ff., 344
 Gleichstellung durch EU-Recht 71f.
 Grundrechtsschutz 64, 67, 69ff.
 Verfassungsbeschwerdemöglichkeit 68, 71f.
 Auslandsbezug einer Regelung 132f., 144f., 715f.
 Auslegung
 des Schutzbereiches 7f.
 im Lichte der Grundrechte 41
 Rationalität der ~ 455
 verfassungskonforme ~ 160
 siehe auch völkerrechtlicher Vertrag
 Auslieferung
 bei drohender Todesstrafe 100
 Deutscher 421, 525
 Erleichterung der ~ 325
 Ausreisefreiheit 346, 348
 Ausschluß der Regionen 752f.

- Ausschüsse
 Aufgaben 651f.
 Besetzung 652
 siehe auch Untersuchungsausschüsse
 Außenpolitik der Länder *siehe* Länder
 Außenpolitik, kommunale 810
 Außenvertretungsmonopol *siehe* auswärtige
 Gewalt
 Aussperrung, Verfassungsmäßigkeit der 313f.,
 316
 Ausstrahlungswirkung der Grundrechte 40ff.,
 47f., 50ff.
 als Schutzpflicht 50
 auf Auslegung und Anwendung von Privat-
 recht 40ff., 48
 aus Gleichheitsgrundrechten 52
 beim Privatrechtserlaß 41
 für das gesamte Recht 44
 im öffentlichen Recht 43f.
 subjektive Rechte aus der ~ 47
 auswärtige Gewalt
 als kombinierte Gewalt 697
 Außenvertretungsmonopol des Bundes 752,
 763f., 766
 Definition 693
 Grundrechtsbindung 715f.
 Kompetenzverteilung zwischen Bund und
 Ländern 695f., 737f., 752, 763f., 766f., 769
 Kompetenzverteilung zwischen Exekutive
 und Legislative 674f., 696ff., 717f.
 Kontrolle durch das BVerfG 132f., 144f., 717
 parlamentarische Kontrolle 699f., 703ff.,
 708ff., 718
 parlamentarische Mitwirkungsrechte 697f.,
 701, 717f.
 Primat der Exekutive 696ff., 718
 Schranken 694f., 714ff., 718
 siehe auch völkerrechtlicher Vertrag; Wesent-
 lichkeitstheorie
 Ausweisung 351

 Baden-Württemberg-Beschluß 194
 Beamte auf Zeit 375f.
 Beamtenleihe 373ff.
 Beamten-Urteil 321
 Beamtenverhältnisse
 Arten 372ff.
 Auswirkung der Personalleihe 374f.
 Erlöschen nach Untergang des „Dritten Rei-
 ches“ 362f.
 Kontinuität der rechtlichen Ausgestaltung
 362
 siehe auch Berufsbeamtentum
 Befruchtung, extrakorporale 84
 Behinderung
 Auswirkung des Benachteiligungsverbot
 auf das Zivilrecht 158f., 279
 Benachteiligungsverbot 158f., 279
 Bevorzugung 158
 Beiräte, wissenschaftliche 678
 Belastungserfolg, Gleichheit im 140f.
 Beleidigung 165, 169, 172, 176f., 180, 182, 188
 Beobachtungs- und Nachbesserungspflichten
 des Gesetzgebers 263f., 267, 270, 313
 Berufsausbildungsabgabe 778, 780
 Berufsbeamtentum 359ff.
 Alimentationsprinzip 360, 368
 Aufgabe 365, 369
 Auflösungserscheinungen 371ff.
 besonderes Gewaltverhältnis 369f.
 „Drittes Reich“ und ~ 361f.
 Erlöschen der Rechtsverhältnisse 362f.
 gegenseitiges Treueverhältnis des ~s 370
 Gesetzesunterworfenheit 369f.
 hergebrachte Grundsätze des ~s 364, 367ff.,
 377f., 427
 inhaltliche Konturierung 367f.
 institutionelle Garantie 361, 363f., 367
 Konkretisierungsermessens des Gesetzgebers
 367
 Kooperationsverhältnis 370f.
 Laufbahnprinzip 369
 Lebenszeitprinzip 369
 Leistungsprinzip 369
 neue Typen des ~s 373ff.
 Privatisierungsfolgen 373ff.
 Rechtskontinuität 362ff.
 Reform 367f., 378
 Spannungen der Grundsätze des ~s 368ff.
 Ursprünge 359f.
 verfassungsrechtliche Garantie 361
 Verfassungstreuepflicht 14, 369f., 427f.
 Weimarer Zeit und ~ 360f., 364f.
 siehe auch öffentliche Ämter, Zugang zu ~n;
 Teilzeitbeamte
 Berufsbild-Lehre 244, 251ff., 263, 270
 Berufsfreiheit 138, 241ff., 533ff., 841, 850, 855,
 861, 867, 871
 Bedeutung für die Persönlichkeitsentfaltung
 245ff.

- Berufsaufnahme 264ff.
 Eingriff durch Anzeigepflichten 265
 Eingriff durch Genehmigungspflichten 265
 Eingriff durch Subventionierung 268f.
 Eingriffe, kumulative Wirkung 264
 Einheitlichkeit der ~ 249f., 260
 Einschätzungs- und Prognosespielraum des Gesetzgebers 262ff.
 Freiheitsvermutung 247, 253, 265, 268, 270
 Garantie dezentraler Entscheidungskompetenzen 249
 Globalisierungsfolgen 242, 245, 249, 254, 268
 Grundrecht des Mittelstandes 246, 257
 Kontrolldichte bei Prognoseentscheidungen des Gesetzgebers 262ff.
 materielle Grundlage des Staates 242, 248
 neue Herausforderungen 241, 249, 266, 270f.
 objektiv-rechtliche Gehalte 256ff.
 ökonomischer Grundbezug 247f.
 Privatisierungsfolgen 249
 Rang der ~ 248
 Schranken 260ff.
 Schutzbereich 249ff.
 Schutzpflichten 257, 259f.
 sozialrechtliche Ansprüche 841, 850, 855, 861, 867, 871
 Sozialstaat und ~ 243, 248
 Steuerrecht und ~ 533ff.
 Strafgewalt und ~ 517
 Stufentheorie 262f.
 Vertragsfreiheit und ~ 259f.
siehe auch Arbeit; Berufsbild-Lehre; Kommerzialisierung, Grundrecht auf; Marktlenkung; Wirtschaftsaufsicht; Parteien
 Besitzrecht des Mieters, Schutz des ~es *siehe* Mietbesitz, Schutz des ~es
 Bestimmtheitsgebot 440, 518, 548f.
 Anforderungen an das Steuerrecht 548f.
 Betriebsrat 300f.
 Beurteilungsspielräume 89, 262ff., 888, 890ff.
 Bewegungsfreiheit, Recht auf *siehe* Freiheit, Grundrecht auf
 Bewertungen 453ff., 460f.
 Definition 455
 Objektivierung durch wiederholte Überprüfung 461
 Probleme 453f.
 Rationalität der ~ 455
 Überprüfung 460ff.
- Bildungsauftrag des Staates 213
 Blinkfuer-Entscheidung 43
 Bodenreform-Entscheidung I 144f.
 Böll/Walden-Entscheidung 174, 187
 Bund
 als Staat 737
 Außenvertretungsmonopol 752, 763f., 766
 Europapflichtigkeit des ~es 755
 Haftung bei Europarechtsverstößen 757f.
 Hausgut des ~es 749
 Ingerenzbefugnisse bei Europarechtsverstößen der Länder 758ff.
 Kompetenzverlust und -gewinn durch Europäische Integration 752
 Primat in der Europapolitik 738, 752, 766f.
 Regreß bei Europarechtsverstößen der Länder 760ff.
 Sachwalter der Länder 764, 766ff., 770
 Superiorität des ~es 738
 Träger der auswärtigen Gewalt 737f., 763, 766, 769
 Vertreter der Länder in der EU 763f.
 Bund und Länder, Gliederung in 735, 748f.
 Bundesauftragsverwaltung *siehe* Auftragsverwaltung, Grenzen der Weisungsbefugnis bei der
 Bundesergänzungszuweisungen 791f., 799f.
 bundesfreundliches Verhalten, Pflicht zum 234, 723, 731, 734, 742, 748, 759, 761, 765ff.
 Bundespräsident, Stellung des ~en 667
 Bundesrat 684ff., 712ff., 725, 728, 743f., 750, 764f.
 ambivalenter Charakter 765
 Einfluß der Landesparlamente 688
 Einrichtung der vertikalen Gewaltenteilung 688
 Ersatz-Opposition 687
 Exekutivorgan 688
 Kauf der Stimmen eines Landes durch Finanzzusagen 728
 Koalitionen und ~ 687
 Machtzuwachs des ~es 685, 687, 725, 743f.
 Mitwirkung bei der Europapolitik 685, 712ff., 764f.
 unmittelbare Teilhabe 686
 unterschiedliche Stimmenzahl der Länder 750
 Verfassungsorgan des Bundes 684, 686, 688
 Zustimmung bei der Gesetzgebung 684f., 687

- Bundesratsföderalismus 765
 Bundesregierung *siehe* Regierung
 Bundesstaat 719ff.
 Änderungen der verfassungsrechtlichen Regelungen über den ~ 720, 725
 Bedeutung des ~es 732
 Bedeutung des BVerfG 721, 726f., 744
 Begriff 730, 732
 bündisches Element des ~es 721, 733f.
 Entwicklung 725ff.
 Entwicklung in der Europäischen Integration 751ff.
 Ewigkeitsgarantie des ~es 727, 730ff., 743, 748ff.
 Finanzierungsaufgaben im ~ 728f.
 Flexibilität 724f.
 Grenze der Europäischen Integration 731f., 746, 750f., 768
 Grenzen der Entwicklung 748ff.
 Grundgesetz als Rahmenordnung 724f.
 integrales Verständnis 730, 732, 748
 Integration durch den ~ 747
 Interpretation durch die Staatspraxis 725
 kompetitiver ~ 729
 kooperativer ~ 724, 727, 729, 740
 labiler ~ 736
 Legitimationsschwierigkeiten des ~es 727
 normative Schwäche 728f.
 Regelungsbedürftigkeit 719
 Stabilität 735f.
 Stellung der EU zum ~ 753ff.
 summatives Verständnis 730f.
 Unitarisierung des ~es 725f.
 Unterschied zum Einheitsstaat 719, 737, 747, 770
 Verfassungsbedürftigkeit des ~es 719f.
 Vorbehalt der Verfassung 722ff., 729, 741, 758f., 761
 Vorbild für supranationalen Föderalismus 770
 Wesen 732f.
 Zweck 747
 siehe auch Bund; Bundesstaatsprinzip; Gleichbehandlungsgebot, föderatives; Kompetenzordnung; Länder; Streitigkeiten, föderale
- Bundesstaatsprinzip
 Bedeutung für das parlamentarische Regierungssystem 668, 684ff.
 Bedeutung 732
- Elemente 735
 Gegenstand und Instrument der Interpretation 733f.
 Inhalt 731ff.
 Strafrecht und ~ 518f.
siehe auch Bundesstaat; Finanzverteilung, bundesstaatliche
- Bundestag 630ff., 651, 661, 664f., 669ff., 681
 Alternativenreduktion durch den ~ 230
 Aufgaben 631ff., 651
 Auflösung 664f.
 demokratische Legitimation 671f.
 Doppelnatur 630
 einseitige Akte mit völkerrechtlicher Wirkung 709f.
 europapolitische Mitwirkung 675f., 711f., 718
 internationale Organisationen und ~ 704ff., 708f.
 Kernbereiche seiner Zuständigkeiten 672f.
 Kontrollfunktion 632, 661, 665, 669, 672, 674, 677, 679
 Kreationsorgan 672
 Legislativhoheit 669, 672f.
 Planung durch den ~ 678f.
 Politikführung durch den ~ 633
 Repräsentationsorgan 630f., 670
siehe auch auswärtige Gewalt; Frage- und Interpellationsrecht; Fraktionen; völkerrechtlicher Vertrag
- Bundestreue *siehe* bundesfreundliches Verhalten, Pflicht zum
- Bundesverfassung 720f., 729, 737, 742, 758, 761
 Bundesverfassungsgericht *siehe auch* Verfassungsgerichte
 Aufgabe 899
 Aufnahme in der Öffentlichkeit 35
 Bedeutung im Bundesstaat *siehe* Bundesstaat
 Bereiche der Rechtsprechung 501
 Bindung an die verfassungsmäßige Ordnung 897
 Einfluß von Richterpersönlichkeiten 530
 „Grundrechte-Gericht“ 35
 fehlende Anrufung des ~s 726f., 729
 Integration durch das ~ 900ff.
 Maßstabsgebundenheit 900
 mittelbarer Eingriff in den politischen Prozeß 462, 464f., 897
 Orientierungsprobleme 238f.
 Überbelastung 503

- Bundeswehreinsetzung *siehe* Streitkräfte, Aus-
landseinsätze der
Bundeszwang 722
Bund-Länder-Streitigkeiten *siehe* Streitigkeiten,
föderale
Bündnis für Arbeit 690f.
Bürgerschaftsverpflichtungen, Überforderung
durch 122
- Chancengleichheit
bei Prüfungen 138
Recht auf politische ~ 591
siehe auch Parteien
Clinton/Lewinsky 169
Comedy-Sendungen 179
C-Waffen-Entscheidung 699, 703
- Daseinsvorsorge, erzwingbarer Zugang zu Ein-
richtungen der 289ff.
Datenbegriff 225
Datenverarbeitung 114, 117
DDR, Verhältnis zur Bundesrepublik 322ff.
Demokratie/Demokratieprinzip
Ausformung durch Organisations- und Ver-
fahrensregeln 561
egalitärer Grundzug 597, 905
Elemente 560
Europäische Integration und ~ 903
Gefahren 186ff.
gegliederte ~ 810
Grundlage für die europäische Integration
902f.
Herrschaft auf Zeit 568
parlamentarische ~ 24f.
Parteien und ~ 908ff.
Pressefreiheit und ~ 911
prozeßrechtliche Anforderungen aus der
~/dem ~ 470
Rundfunkfreiheit und ~ 911
Schutzfunktionen des Staates und ~ 902
Sicherungen der Freiheit als Element der
~/des ~ 561f., 902
soziale ~ 834f., 848
Sozialstaat und ~ 834ff., 869f.
Strafgewalt und ~ 519ff.
systematische Bedeutung 559
Versammlungsfreiheit und ~ 911f.
wehrhafte ~ 188
siehe auch Demokratie direkte; Repräsentation;
Volkssouveränität; Wahlen
- Demokratie, direkte 565ff., 581, 586ff., 666f.
verfassungsrechtliche Festlegungen 565
Verhältnis zur repräsentativen Demokratie
581
Demonstrationen, rechtsextremistische 166f.
Denkmalschutzgesetz, Beschluß zum rhein-
land-pfälzischen 281f., 288
Deutsche Frage 322
Deutscheineigenschaft 319, 325f.
Deutschenrechte 69, 71, 325, 339, 345f., 576
Schutz von Ausländern 345f.
Deutscher
Rechtsstatus 339
Schutzpflicht des Staates 339f.
Verfassungsbegriff 330ff.
Deutsches Reich
Fortbestand 320ff.
Fortwirkung der Zwangseinbürgerung 320f.
Deutschland-Magazin 172f.
Deutschland-Stiftung 172f.
Diäten-Urteil 641, 645, 650
Diffamierung 177, 185
Differenzierung
Auswirkung auf effektiven Rechtsschutz 139
Auswirkung auf Freiheitsrechtsbetätigung
136ff., 146
Auswirkung auf Rechtsstaatsprinzip 139
Differenzierungen, personenbezogene 131ff.,
138, 140ff., 146, 156, 162
Kontrolldichte 131ff., 140
Differenzierungen, sachverhaltsbezogene 132,
135f., 140, 143, 145f.
Kontrolldichte 132, 135f., 140
Diskontinuitätsprinzip 571, 635
Diskriminierungen, umgekehrte *siehe* Maßnah-
men, positive
Diskriminierungsverbote 129, 147f., 153ff.,
156ff., 160f.
Folgen eines Verstoßes 160f.
Kontextgebundenheit 129
Diskriminierungsverbote, besondere 153ff.,
416f.
Folgen eines Verstoßes 160f.
Doppelbestrafung, Verbot der 518, 525
Doppelcharakter der Grundrechte 3f., 36ff.
einzelne Freiheitsrechte 37ff.
Formulierungen 36f.
Gleichheitsrechte 51f.
Leistungsgrundrechte 52f.
Schutzgrundrechte 52f.

- Doppelgrundrecht 58, 63f.
 Doppelzuständigkeiten von Gerichten 486
 Dreier-Beziehung, hinkende 758
 Drittbetroffenheit 44
 Drittschutz der Grundrechte 39f., 47, 50
 als Schutzpflicht 50
 subjektive Rechte aus dem ~ 47
 Drittwirkung des Gleichberechtigungsgebotes 147
 Drittwirkung, mittelbare 41
 Durchgriffstheorie 56f., 59, 64, 75, 344

 E-Commerce 203f., 207, 222
 Ehe und Familie, Schutz von 137, 141, 159f., 838f., 870
 als besonderer Gleichheitssatz 159f.
 aufenthaltsrechtliche Schutzwirkungen 350ff.
 Ausländer und ~ 347, 350ff.
 Rentenversicherungsrecht und ~ 839
 Steuerrecht und ~ 159, 532f., 839
 Ehegattenbesteuerung 149, 529f., 533
 Ehre, persönliche 13, 109f., 184
 Ehrenamt 122
 Ehrenschutz 13, 179, 181, 184, 189
 eigenes Bild, Recht auf 112f.
 Eigengesellschaften 75
 Eigentum
 Privatnützigkeit 288
 Sozialbindung 283f., 289
 Verschwinden des ~s 291f.
 Zugang zu geistigem ~ 291
 Eigentumsfreiheit 7, 67, 139, 273ff., 840f., 846, 850, 862ff., 867f., 870, 887
 Anwartschaften 276
 Eingriff durch Zugangsregelungen 289ff.
 Eingriff 281ff.
 Gefahren der Gentechnik 887
 Gefahren der Kernenergie 887
 gestufter Schutz 283f.
 juristische Personen und ~ 67
 privatsoziale Sicherung 867f., 870
 Schutzbereich 7, 273ff.
 sozialversicherungsrechtliche Positionen 276f., 840f., 846, 850, 862f., 864, 867, 870
 Steuerrecht und ~ 284ff., 535ff., 539f.
 Umweltschutz aufgrund der ~ 877ff.
 Urheber- und Patentrechte 291
 Währungsumtausch 279f.
 Wiedervereinigung 280f.
 Zugang zum Eigentum 279
 siehe auch Eigentum; Enteignung; Inhalts- und Schrankenbestimmungen; Forderungen, Schutz geldwerter; Halbteilungsgrundsatz; Kernenergie; Mietbesitz, Schutz des ~es; Parteien; Vermögensschutz
 Eigenverantwortung, soziale 828ff., 844f., 853ff., 858ff., 866, 868ff.
 Einbürgerung 328
 Einbürgerungsakte der DDR, Geltung für die Bundesrepublik 324, 334, 342
 Eingrenzung, räumliche ~ von juristischen Personen 66
 Eingriff *siehe* Grundrechtseingriff
 Einheitswertbeschlüsse 774, 897
 Einnahmen, laufende 796
 Einreise, Grundrecht auf 349
 Einschätzungsprärogative 33, 49, 89, 130ff., 145, 151f., 262ff., 312f., 437f., 465
 Arbeitskampfrecht und ~ 312f.
 gerichtliche Kontrolle 437f.
 siehe auch Gestaltungsspielraum der öffentlichen Gewalt
 Einwanderung 348ff.
 Einwilligung in Grundrechtseingriff oder -gefährdung 99, 103
 Einwohnerwertung 798f.
 Einzelfallgesetz 26ff., 439
 Einzelpersonengesetz 26ff.
 Elfes-Urteil 109, 121, 346, 348
 Embryo *siehe* nasciturus
 Energiekonsensgespräche 690f.
 Enteignung
 Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmungen 281ff.
 auf besatzungsrechtlicher Grundlage 281
 durch die DDR 280
 Pflicht zur ~ 283, 287
 Entscheidungen, Irreversibilität von 575, 878
 Eppler-Entscheidung 174
 Erbschaftsteuer 285f.
 Erdrosselungssteuer 274
 Erfolgswertgleichheit *siehe* Wahlrechtsgleichheit
 Erforderlichkeit 32f., 453f., 456ff., 463
 Beurteilung aus Sicht des Betroffenen 456f.
 Grenzen der Prüfung 457
 Grundrechtskonflikte und ~ 457
 Notwendigkeit von Abwägungen 458

- Notwendigkeit von Bewertungen 454, 456ff.
 Notwendigkeit von Prognosen 456, 458
 Untermaßverbot und ~ 463
 Erpressungen, terroristische 30
 Erstattungsabgaben 781f.
 Ertragsteuer 284ff., 538, 775
 Erwerbchancen, Gebot gleicher 148
 Erziehungsaufgabe, familiäre 153
 Euro-Beschluß 274f., 279, 528
 Europaartikel (Art. 23 GG) 421, 675f., 685, 696, 698, 705, 711ff., 730ff., 746, 749ff., 755, 759, 764ff., 769
 Justitiabilität des ~s 766f.
 Europa-Ausschuß 676
 Europäische Integration *siehe* Europäische Union, Fortentwicklung der ~n
 Europäische Union
 Landesblindheit der ~ 753ff., 766
 Mitwirkung der Länder 764ff.
 Vertretung der Länder *siehe* Länder
 Vorbild des Bundesstaates 770
siehe auch Europäische Union, Fortentwicklung der; Grundrechtecharta, Europäische; Unionsbürgerschaft
 Europäische Union, Fortentwicklung der 280, 421, 430, 442, 711ff., 731f., 746, 750ff., 768, 718, 902f.
 Ausgleich des Bedeutungsverlustes der Länder 752f.
 Auswirkung auf die Kompetenzen von Bund und Ländern 751f.
 Kompetenzverluste der Länder 714, 751f.
 Schranken 421, 430, 442, 714f., 731f., 746, 750f., 768
 Zusammenwirken von Exekutive und Legislative 711f., 718
 Zusammenwirken von Regierung und Bundesrat 712ff.
siehe auch Europaartikel
 Europäischer Sozialstaat *siehe* Sozialstaat, Europäischer
 Europäisierung des nationalen Rechts 71, 128f., 205, 271, 324ff., 342f., 524f., 694, 717, 858, 886
 Europarecht
 Anwendungsvorrang 754ff.
 effektiver Vollzug 755
 Einheitlichkeit des ~s 755
 Haftung bei fehlerhaftem Vollzug 757f., 762f.
 Ingerenzbefugnisse bei fehlerhaftem Vollzug der Länder 758ff.
 Regreß bei fehlerhaftem Vollzug 760ff.
 unmittelbare Wirkung 755
 Vollzug 755ff.
 Evidenzkontrolle 33
 Ewigkeitsklausel 727, 730ff., 743, 748ff.
 Exekutive, demokratisches Prinzip in der 811
 Existenzminimum
 Gewährleistung auf abwehrrechtlicher Ebene 91, 532, 536, 544
 ökologisches ~ 884
 subjektiv-rechtlicher Anspruch auf das ~ 91, 527f., 537, 830ff., 834, 838, 869
 faires Verfahren, Recht auf ein 122, 500f., 521ff.
 Fairneßabkommen 188f.
 Familienbesteuerung 149, 161
 Fehlbelegungsabgabe 555, 782
 Fernmeldekompetenz 205
 Fernsurteil 195, 200
 Feuerwehrabgabe 152, 155f., 548, 780
 Filme, individueller Abruf von ~n 193, 199, 203f., 207f., 218
 Filmfreiheit 193
 Finanzausgleich, horizontaler 723f., 734, 738, 749, 786f., 790f., 793, 797ff.
 Finanzausgleichsgesetz 723f., 794ff., 800f.
 Finanzausgleichsurteil (1986) 773
 Finanzausgleichsurteil (1999) 775f., 793, 796ff., 814
 Pflichten des Gesetzgebers aus dem ~ 796ff., 801
siehe auch Maßstäbengesetz, Konzept eines ~es
 Finanzausstattung, aufgabengerechte 787ff., 798
 Finanzkraft der Gemeinden und Länder 791f., 797f.
 Finanzverfassung
 abschließende Regelung 778, 780
 Bedeutung 771, 787
 Entwicklung 771f.
 Gesetzesvorgabe der ~ 774, 793
 Justitiabilität 729, 773, 787
 normativer Gehalt 773ff.
 Offenheit 781
 Rahmenordnung der ~ 773ff., 793
 Subsidiaritätsprinzip 746

- Transparenz der rechtlichen Regelungen
 801
 Umgehung durch Bund und Länder 728
 Zweistufigkeit 798
siehe auch Abgaben; Finanzverteilung, bundesstaatliche; Maßstäbengesetz, Konzept eines ~es; Sonderabgaben; Steuerstaat
 Finanzverteilung, bundesstaatliche 786ff.
 aktuelle Situation 786f.
 Ausgleichselemente außerhalb der ~ 792f.
 Pflichten des Gesetzgebers 796ff.
 System 787ff.
 Ziel 787
siehe auch Bundesergänzungszuweisungen; Finanzausgleich; Maßstäbengesetz, Konzept eines ~es; Steuerertragsaufteilung; Umsatzsteuerergänzungsteile
 Fiskus, Grundrechtsfähigkeit des 73
 Flick-Urteil 656
 Föderalismus *siehe* Bundesstaat
 Folgerichtigkeit, Gebot der 141
 Förderung, finanzielle 145f.
 Forderungen, Schutz geldwerter 274
 siehe auch Vermögensschutz
 Formalbeleidigung 180
 Fortbestandsdoktrin *siehe* Deutsches Reich
 Fortpflanzungsmedizin 102
 Frage- und Interpellationsrecht 634
 Fraktionen 230, 582f., 646ff., 680f.
 Alternativenreduktion durch ~ 230
 Bedeutung 647, 649
 Gleichbehandlung 583
 Gleichheit innerhalb des Parlaments 647f.
 verfassungsprozessuale Stellung 647
 verfassungsrechtlicher Status 647ff., 680f.
 Verhältnis zum Abgeordneten 648f.
 Fraktionsdisziplin 638f., 671
 Fraktionsfinanzierung 649f.
 Fraktionsfunktionäre, Zulagen für 650
 Fraktionszwang 649, 671
 Frauenförderungsgebot 146, 148ff.
 Freie Berufe, berufsständische Sicherungssysteme von ~n 854, 856
 Freiheit, Grundrecht auf 516
 Freiheitsrechte, Schutzbereich von ~n 5
 Freiheitsstrafe, lebenslängliche 514
 Freizügigkeit, Schutz bei juristischen Personen 66
 Fremdenrecht, völkerrechtliches 343
 Friedenspflicht, bürgerliche 468, 491
 Fristen, verfassungsrechtliche Anforderung an 488
 G-10-Gesetz 32
 Garantenstellung des Bundes 722
 Geeignetheit 32f., 453, 463
 Gefährdungslage, grundrechtstypische 57
 Gegendarstellung, Recht auf 40, 111
 Gegenschlag 166
 Gegenseitigkeitsprinzip 145
 Geld
 als „geprägte Freiheit“ 527f.
 Begriff 528f.
 Geringschätzung des ~es 537
 verfassungsrechtliche Bedeutung 528
 Geldeigentum, Schutz des ~s *siehe* Vermögensschutz
 Geldleistungsverpflichtungen 122
 Gemeinden
 Allzuständigkeit 810f., 822
 Aufgabenzuweisungen an ~ 817, 824f.
 Befassungskompetenz 810f.
 begriffsprägende Merkmale 816
 demokratisches Prinzip in den ~ 805f., 810
 Gleichheitsgrundsatz und ~ 806
 grundrechtsanaloge Positionen gegenüber dem Staat 803, 806
 Grundrechtsfähigkeit 73f., 806
 Neugliederung oder Gebietsänderung 813ff.
 öffentliche Gewalt durch ~ 803, 805f., 808f., 811
 Prozeßgrundrechte und ~ 485, 806
 Rechtsetzung 811f.
 wirtschaftliche Tätigkeiten 806, 809
 Zuweisungen von besonderen Raumfunktionen 815f.
siehe auch Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft; Selbstverwaltung, Garantie der kommunalen
 Gemeindenamen 816
 Gemeindestatus 816
 Gemeinschaftstreue 754, 770
 gemischtöffentliche Gesellschaften 75
 gemischtwirtschaftliche Unternehmen 76
 Generationenvertrag 835
 Gentechnik 98, 102f., 120, 265, 291, 883, 887, 892ff.
 Anlagengenehmigung 265, 883
 Bedeutung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung 894f.

- Begriff 892f.
 gentechnische Analysen 98
 Konfliktbereiche 893f.
 Patentschutz 291
 Schutz vor Gefahren der ~ 887, 892ff.
 Schutz vor Weitergabe gentechnischer Informationen 120, 894f.
siehe auch Menschenwürde; nasciturus
 Gerechtigkeit, soziale 433f., 831f., 834, 836, 844, 846, 861, 869, 898, 902
 Gerichtsbarkeit, institutionelle Garantie der 476f.
 Geschäftsordnung des Bundestages
 Auslegung und Anwendung im konkreten Fall 637
 Bindungswirkung 635
 Rechte der Abgeordneten als Grenze 636
 Rechtsnatur 634f.
 Regelungsgegenstände 635
 Verfassungsrecht als Grenze 635f.
siehe auch Parlamentsrecht
 Gesetzesbindung der öffentlichen Gewalt 425f., 434, 473
 Gesetzesflut 673
 Gesetzesvorbehalt 2, 18ff., 31, 98f., 103, 124, 408, 436f., 548f., 673, 701ff.
 besonderes Gewaltverhältnis und ~ 25
 des verhältnismäßigen Gesetzes 31
 Eigenschaft des geforderten Gesetzes 22
 einfacher/allgemeiner/schlichter ~ 21
 Gewohnheitsrecht und ~ 22
 materiell qualifizierter ~ 22
 qualifizierter/spezifizierter ~ 21f.
 Terminologie 20
 Typologie 20ff.
 Verpflichtung zum Erlaß 19
 Verwaltungsvorschriften und ~ 23
 Weimarer Republik 19
 zweckgebunden qualifizierter ~ 22
siehe auch Steuergesetzesvorbehalt
 Gesetzgebung
 symbolische ~ 233
 Teilhabe der Länder 743f.
 Übergewicht des Bundes 743
 Gesetzgebungskompetenz
 konkurrierende ~ 726, 739, 744f.
 ungeschriebene ~ 723, 770
 Gestaltungsspielraum der öffentlichen Gewalt 32, 42, 44f., 47, 49f., 89ff., 132f., 137f., 140f., 145f., 157, 290, 312ff., 474, 490, 539, 542, 900
 bei der Erfüllung einer Schutzpflicht 49, 53, 89f., 899f.
 bei der Erfüllung objektiver Grundrechtsgehalte 49
 bei internationalem Bezug 311f., 145
 beim Erlaß von Privatrechtsnormen 42
 im Arbeitskampfrecht 312f.
 im Steuerrecht 539, 542
siehe auch Einschätzungsprärogative
 Gewalt, öffentliche 478ff.
 Exekutivakte 478f.
 Judikativakte 481ff.
 Legislativakte 479ff.
 Gewalten, Kernbereich der *siehe* Gewaltenteilungsprinzip
 Gewaltenbalance, föderative 743f.
 Gewaltenteilung
 vertikale 688
siehe auch Gewaltenteilungsprinzip
 Gewaltenteilungsprinzip 437ff., 470f., 667ff., 672, 674, 676, 678, 688
 Ausgestaltung im GG 668f., 674, 678
 Bedeutung für das parlamentarische Regierungssystem 668f., 674
 Beiräte und ~ 678
 Grundlage 669f.
 Kernbereiche der Gewalten 437ff., 669, 672f., 677
 prozeßrechtliche Anforderungen aus dem ~ 470
 Gewaltmonopol des Staates 468, 491, 505
 Gewaltverhältnis, besonderes 25, 369f., 436
 Gewerbebetrieb, Recht am eingerichteten und ausgeübten 277f.
 Gewerkschaftsgründung 63, 71
 Gewissensfreiheit
 Grenze der Steuergewalt *siehe* Steuergewalt
 Schutz bei juristischen Personen 65
 Gewohnheitsrecht 22
 Glaubensfreiheit *siehe* Religionsfreiheit
 Gleichbehandlungsgebot, föderatives 733, 750
 Gleichberechtigung 146ff.
 Adressaten 147
 Berechtigte 147
 Drittwirkung 147
 Erstreckung auf gesellschaftliche Wirklichkeit 148, 152
 Gleichheit im Unrecht 161

- Gleichheit, soziale 827, 831f., 839f., 843, 846, 853, 861, 865ff., 869
- Gleichheitsgrundrechte 51f.
 Abwehrrechte 51
 Ausstrahlungswirkung 52
 Doppelcharakter 51
 Grenzen der Steuergewalt *siehe* Steuergewalt
 objektiver Gehalt 51
 Schutzbereich 5f.
 Schutzpflichten aus ~n 52
- Gleichheitssatz, allgemeiner 28, 65, 127ff., 459, 462, 499, 541ff.
 Berechtigte 127f., 806
 Einschätzungsprärogative 130, 145
 Erforderlichkeitsprüfung, Bedeutung nach der 459, 462
 Folgen eines Verstoßes 160f.
 Geltung zwischen Hoheitsträgern 127f.
 Inländerdiskriminierung und ~ 128
 juristische Personen und ~ 65, 127, 806
 Kinderfreibeträge und ~ 542, 544f.
 Kontextgebundenheit 129
 Kontrolldichte 131ff., 140ff.
 Kontrolle der Judikative 142ff., 144
 Kontrolle der Legislative 140ff.
 Lastenausteilungsnormen und ~ 541
 Lenkungsnormen und ~ 541
 prozessuale Waffengleichheit und ~ 499
 Steuerrecht und ~ 541ff., 547
 Strafgewalt und ~ 515ff.
 Wertungsoffenheit 129f.
siehe auch Leistungsfähigkeitsprinzip; Neue Formel
- Globalisierung 204f., 241f., 245, 249, 254, 268, 271
- Gnadenakte 478f.
- Goldene Regel 107, 121
- Grundgesetz
 als Bundesverfassung 720f.
 als Rahmenordnung des Bundesstaates 724f.
siehe auch Menschenbild des Grundgesetzes;
 Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes;
 Verfassung
- Grundhaltung, personalistische 76
- Grundkonsens der Gesellschaft 901
- Grundlagenvertrags-Urteil 322f., 331
- Grundordnung, freiheitliche demokratische 167, 427f., 898, 905
- Grundpflichten 429, 884f.
 Vermeidung von Umweltbelastungen 885
- Grundrechte
 Anwendung auf Fälle mit Auslandsbezug 132f., 144f., 715f.
 besonderes Gewaltverhältnis und ~ 25
 Herkunft 164
 immanente Grenzen bei gefährlicher Nutzung der Freiheit 883f.
 personaler Grundzug 55ff.
 Schutz vor Verfassungsänderungen 426
 soziale ~ 829, 831, 838
 unitarischer Effekt 897
siehe auch Grundrechte als Leistungsrechte;
 Grundrechte als objektive Grundsatznormen;
 Grundrechte als Schutzpflichten;
 Grundrechte als Teilhaberechte;
 Grundrechtsausübung, kollektive; Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
- Grundrechte als Leistungsrechte 44f., 47, 50, 90f., 157, 474f., 490
 Abwehrrechte 51
 Schutzpflichten 50
 subjektive Rechte aus ~n 47
- Grundrechte als objektive Grundsatznormen 3ff., 8, 35ff., 68, 88, 259ff., 476, 897f.
 Ausgestaltungsfunktion 18, 50, 53, 298, 313, 489
 Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 49
 Gleichheitsgrundrechte 51f.
 ideengeschichtlicher Ursprung 4
 Leistungsgrundrechte 52f.
 Rolle des BVerfG 3f.
- Sicherung durch Annahme subjektiver Rechte 48
 subjektive Rechte aus ~n 46ff.
 Terminologie 37ff., 50
 Ungleichbehandlungen als Verstoß gegen die ~ 45f.
 Verfahrensanforderungen 46, 477
 Wirkungen 39ff.
siehe auch Grundrechte als Schutzpflichten;
 Grundrechte als Leistungsrechte; Grundrechte als Teilhaberechte
- Grundrechte als Schutzpflichten 39f., 48ff., 80, 85, 87ff., 92, 94, 99, 257, 259f., 340, 509, 878f., 887, 889
 Adressaten 48f.
 Elemente 50f.
 Gestaltungsspielraum 49, 53, 89f., 899f.
 Gleichheitsrechte 51f.
 Rechtfertigung für Grundrechtseingriffe 40

- Grundrechte als Teilhaberechte 44f., 50, 838, 840
- Grundrechtecharta, Europäische 829, 838, 864
- Grundrechtsausübung, kollektive 57ff., 64, 71
Koalitionsfreiheit 58, 294, 297ff., 308
Religionsfreiheit 58, 396f., 409, 415f.
- Grundrechtsbindung der öffentlichen Gewalt 5, 11, 19, 434
- Grundrechtseingriff 2, 23, 45
klassischer ~ 23, 43
nicht-finaler/faktischer/mittelbarer ~ 23, 93
Ungleichbehandlung als ~ 45
Verletzung von Schutzpflichten als ~ 94
- Grundrechtseinheiten 101f.
- Grundrechtsfähigkeit
formelle ~ aus Art. 19 Abs. 3 GG 63
Gesamthandsgemeinschaften 62
Handelsgesellschaften 62
Hochschulen 74
juristische Personen im Gründungsstadium 62
juristische Personen ohne ~ 67
Kirchen 74
nichtrechtsfähige Verbände 62
partielle ~ 65
Rundfunkanstalten 74
teilrechtsfähige Gebilde 62
siehe auch ausländische juristische Personen; juristische Personen; juristische Personen des öffentlichen Rechts
- Grundrechtsfunktionen
bei der Auslegung und Anwendung von Privatrecht 42
beim Privatrechtserlaß 42f.
- Grundrechtsgefährdung 87, 93, 99, 879, 888f.
- Grundrechtskollision 17, 79f.
- Grundrechtskonkretisierung 18f.
- Grundrechtsordnung, Grundstrukturen der 2
- Grundrechtsprägung 18f.
- Grundrechtsschranke 1f., 8ff.
EU-Recht als ~ 10
Formulierungen im Grundgesetz 10
Gründe für die Notwendigkeit 9, 11, 14
historische Entwicklung 9f.
überpositives Recht als ~ 10
- Grundrechtsschranken, verfassungsimmanente 7f., 14, 96f., 99, 307ff., 512
Gesetzgebungskompetenzen als ~ 308f.
- Grundrechtsschranken, verfassungsmittelbare 12
- Grundrechtsschranken, verfassungsunmittelbare 12ff.
Asylgrundrecht und ~ 12f.
Kommunikationsgrundrechte und ~ 13
Terminologie im GG 12
Vereinigungsfreiheit und ~ 14
Versammlungsfreiheit und ~ 13
vorbehaltlose Grundrechte 14ff.
- Grundrechtsschranken-Schranke *siehe* Schranken-Schranke
- Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren, Lehre vom 46, 477
- Grundrechtsschutz, dynamischer 842, 888, 891
- Grundrechtsstruktur 5ff.
- Grundrechtstatbestand, Verwendung des Begriffs durch das BVerfG 1
- Grundrechtstheorie, institutionelle 252f.
- Grundrechtsverschränkungen 102
- Grundrechtsvorsorge, soziale 834, 849, 864, 870
- Grundrente 851, 870
- Gruppe, parlamentarische 650f.
Parteifähigkeit im Organstreit 651
Rechte im Parlament 651, 653
- Gruppenfeindlichkeit, Absage an die 56
- Gruppenuniversität 139
- Halbteilungsgrundsatz 286f., 538ff., 774f.
- Handelsgesellschaften, Grundrechtsfähigkeit von 62
- Handwerksurteil 244, 251
- Haschischkonsum 137
- Hausgut der Länder *siehe* Länder
- Haushaltsdisziplin, europarechtliche 760
- Haushaltsfreibetrag 546
- Haushaltsgehilfin, Absetzbarkeit der Kosten 543
- Heimat 157
- Herrschaft, Abgeleitetheit politischer 570ff.
- Hessenbeschluß 214
- Hochschulen, Grundrechtsfähigkeit von 74
- Hochzonung 816
- Hoheitsrechte, Übetragung von ~n 696, 698, 704, 709, 711, 714, 716
- Hoheitsträger, Geltung des Gleichheitssatzes 127f., 806
- Homogenitätsgebot 421, 722, 733, 743
- Homosexuellenurteil 124
- Humangenetik *siehe* Gentechnik

- Image 185
- Immunität des Abgeordneten 519, 643f.
- In-camera-Entscheidung 490, 498
- Individualisierungstendenz der Gesellschaft 125
- Individualrechtsschutz, System des ~es 472, 475, 484f.
- informationelle Selbstbestimmung, Recht auf 96, 110, 114, 116ff., 894f.
Allgemeines Persönlichkeitsrecht und ~ 116f., 119f.
Eingriffe 117f.
Elemente 116
Entwicklung 116f., 120f.
formale Anforderungen an Schranken 118
Gentechnik und ~ 894f.
Schranken 118
Verhältnismäßigkeit 118
Verselbständigung 119
- Informations- und Netzwerkökonomie, Recht der Märkte der 240
- Informationsanspruch 118
- Informationsbegriff 219ff.
bundesverfassungsgerichtlicher ~ 225
differenztheoretischer ~ 221f., 227, 240
Ereignishaftigkeit des ~s 219, 221
Immaterialität des ~s 219f.
rechtswissenschaftlicher ~ 222ff.
Selbstreferentialität des ~s 219f.
teleologischer ~ 223, 226
- Informationsdienste, elektronische 199f., 203f., 208, 218
- Informationsfreiheit 201f., 225f.
- Informationsgesellschaft, weltoffene/globale 193, 200f., 205, 209, 217
- Informationsordnungen 223f., 227f., 240
- Informationsrecht 222ff., 227, 236
- Inhalts- und Schrankenbestimmungen
Abgrenzung zur Enteignung 281ff.
ausgleichspflichtige ~ 282, 288f.
- Inländerdiskriminierung 128
- Inländervereine, ausländische 70
- Instanzenzug, Garantie eines ~es 481ff., 493
- Institutsgarantie der juristischen Person 60
- Institutsgarantie, Schutzbereich 5f.
- Integration
durch die Gesellschaft 902
durch die Verfassung *siehe* Verfassung
durch die Verfassungsgerichtsbarkeit *siehe* Bundesverfassungsgericht
- europäische *siehe* Europäische Union, Fortentwicklung der
- Intensitätsproblem 584
- Internationalisierung des nationalen Rechts 694, 701, 717
- Internet 200ff., 210, 223, 228, 238, 240
- Interpretation, grundrechtliche 2
- Interventionsminimum 33
- Investitionshilfe-Urteil 106, 780
- Je-desto-Formel 115, 118
- juristische Personen
Ausschluß aus dem Wirtschaftsleben 60
Garantie der Tätigkeit 63
materiellrechtliche Stellung 76
ohne Grundrechtsfähigkeit 67ff.
Organisationsformen 60, 72f.
Qualifikationen 72f.
Recht zur Bildung 63
staatsabhängige privatrechtliche ~ 75
Tätigkeitsbereich 59ff.
Treuhanderin von Mitgliederrechten 59, 74f.
siehe auch ausländische juristische Personen;
juristische Personen, Grundrechtsschutz von ~n; juristische Personen des öffentlichen Rechts; Sitztheorie
- juristische Personen, Grundrechtsschutz von ~n 7, 55ff., 92, 485, 806
Bedeutung des Art. 19 Abs. 3 GG 58f., 63f.
einzelne Grundrechte 64ff.
Existenzgarantie 59
Französischen Revolution 55
Funktion 56
Gleichheitssatz 127, 157
Grund 56
Prozeßgrundrechte 64f., 68, 485, 806
Weimarer Reichsverfassung 55
- juristische Personen des öffentlichen Rechts, Grundrechtsschutz 57, 65, 67f., 72ff.
- Justizgewährungsanspruch 491ff.
- Justizgrundrechte *siehe* Prozeßgrundrechte
- Kalkar-Entscheidung 24, 887f., 892
- Kammern, berufsständische 267, 269f.
- Kanalbelegungsregeln 236f.
- Kanzler, Personalhoheit des ~s 684
- Kanzlerdemokratie, Prinzip der 667, 672, 679, 683
- Kapital und Arbeit, Kampf zwischen 243f.
- Karikatur 178

- Kassenärzte, Altersgrenze 854
- Kernenergie
 Ausstieg aus der ~ 277f., 283
 Drei-Stufen-Modell rechtlicher Vorkehrungen 888
 Genehmigungsverfahren für Kraftwerke 277f., 877f., 883, 887, 889f.
 Parlamentsvorbehalt 888, 890
 Schutz vor Gefahren der ~ 877f., 883, 887ff.
 Stand der Wissenschaft und Technik *siehe dort*
 Verlagerung der Entscheidungsmacht auf die Exekutive 888, 890ff.
 Wiederaufarbeitungsanlagen 888
- Kinder, Lebensunterhalt von ~n 532
- Kinderbetreuungskosten, Abzugsfähigkeit von 148f., 546f., 859, 863, 870
- Kinderfreibeträge 542ff.
- Kinderwahlrecht 576
- Kirchen, Grundrechtsfähigkeit von 74
- Klassifikationen, verdächtige 161
- Kleinbetriebsklausel 41
- Koalitionen
 Begriff 297
 Normsetzungsbefugnisse der ~ 299
 Recht auf Ausgestaltung 298
 Recht auf Bestand 298
 Schutz bei juristischen Personen 66
- Koalitionen von Parteien 681f., 687
- Koalitionsdemokratie 681, 683, 687
- Koalitionsfreiheit 293ff., 691
 Abwägungsformel 305f., 316
 Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst 301
 Ausgestaltungsbefugnis des Gesetzgebers 304, 306f.
 Beamten und ~ 308, 313, 315, 371
 Betätigungsfreiheit 298ff.
 Gegnerfreiheit 314
 gerichtliche Vertretung der Mitglieder 302
 historische Gewachsenheit 296
 Individualgrundrecht 297, 308
 Interpretation des Schutzbereichs 296
 Kernbereichstheorie 303ff., 309
 kirchliches Selbstbestimmungsrecht und ~ 302
 kollektive ~ 58, 294, 297ff., 308
 Kollision mit Unternehmerrechten 308, 314f.
 Kollision von Individualrecht und Kollektivrecht 308, 314
 negative ~ 294, 297, 316
- Parlamentarischer Rat und ~ 293f.
 praktische Konkordanz 309
 Recht auf Betätigung im Betrieb 300ff.
 Recht auf koalitionsmäßige Betätigung 298ff.
 Reformvorschläge 316f.
 Schranken 303ff.
 Schutzbereich 296ff.
 Unerlässlichkeitsformel 305, 309
 Weimarer Reichsverfassung und ~ 294
 Werbung neuer Mitglieder 302, 314
- Koalitionsregierungen 681ff.
- Koalitionsvereinbarungen 681f., 684
- kollektive Grundrechtsausübung *siehe* Grundrechtsausübung, kollektive
- Kollisionslagen von Verfassungsrechtsgütern 15, 17, 79f., 308, 314, 399f.
- Kombinationsformel 175
- Kommerzialisierung, Grundrecht auf 243, 248
- kommunale Selbstverwaltung *siehe* Selbstverwaltung, kommunale
- kommunale Selbstverwaltung, Garantie der *siehe* Selbstverwaltung, Garantie der kommunalen
- Kommunikationsbegriff 220, 223
- Kommunikationstheorie der Menschenwürde 82
- Kompetenzausübungsschranke (Art. 72 II GG) 724, 726, 729, 744ff.
- Kompetenzordnung 720, 722f., 728, 732, 739ff.
 Auslegung von Vorschriften der ~ 741f.
 Ausschließlichkeit 739, 741
 Grenzen der Entziehung von Kompetenzen 748f.
 hypothetische Natur der Normen der ~ 740
 Kondominiallösungen 739f.
 Schutzwirkung 740f.
 Unverfügbarkeit 741
 Verpflichtung zur Beachtung der Grenzen 742
 Widersprüchlichkeitsverbot 742f.
siehe auch bundesfreundliches Verhalten, Pflicht zum; Gesetzgebung; Europäische Union, Fortentwicklung der; Subsidiaritätsprinzip; Versteinierungstheorie; Verwaltung
- Konflikt/Konflikttheorie 167ff.
- Konkordanz, praktische 15, 17, 25, 34, 114, 309, 513, 523
- Kontaktausschuß 770
- Kontrolldichte 131ff., 262ff.

- Kontrollkompetenz, judikative 32f.
Konzertierte Aktion 690
Kooperationsprinzip 885
Koordinationslehre 381f., 388, 391
Korollartheorie *siehe* Untersuchungsausschüsse
körperliche Unversehrtheit
 Einwilligung in einen Eingriff in die ~ 99
 Gesetzesvorbehalt 98f., 103
 objektiv-rechtliche Aspekte 88
 Schutzpflicht 88f., 94
 siehe auch Leben und Gesundheit, Schutz von
korporatistische Entscheidungsstrukturen 690f.
Kulturhoheit 749
Kulturrundfunk, nationaler 209ff., 213, 215ff.
 Finanzierung 213
 Vorbildwirkung für privatrechtlichen Rundfunk 213f.
Kulturstaatlichkeit 329
Kumulation von Abwehrgehalten 86
Kunstfreiheit 178, 534
- Länder
 Bestandsschutz 735f., 749f.
 Eigenstaatlichkeit 737f., 741, 760
 Entmachtung der ~ 725, 743
 Europapflichtigkeit 755f.
 Haftung des Bundes für die Länder 757f.
 Hausgut der ~ 732, 738, 748f., 752
 informelle Zugänge zur Europapolitik 769f.
 Kompensation des Kompetenzverlustes durch die Europäische Integration 752
 Kompetenzverlust durch Europäische Integration 752
 Mediatisierung durch den Bundesrat 765
 Mitwirkung bei Angelegenheiten der EU 764ff.
 Nebenaußenpolitik der ~ 768ff.
 Neugliederung 725, 736, 749f.
 Primat bei der Verwaltung 743
 Selbständigkeit 738ff., 749, 760
 Stellung in der EU 752f., 755f., 766
 Teilhabe an der Gesetzgebung 743f., 749
 Verfestigung der ~ 725
 Verhältnis zwischen den ~n 741
 Vertretung in der Europäischen Union 763ff.
 Zugriff von Gemeinschaftsorganen auf die ~ 756
Länderbeteiligungsverfahren 765
- Länderbüros 768f.
Länderfinanzausgleich *siehe* Finanzausgleich
Lebach-Urteil 194, 203
Leben
 als Höchstwert 77, 87, 889
 siehe auch nasciturus; Leben und Gesundheit, Schutz von; Leben und Würde
Leben und Gesundheit, Schutz von
 Abwehrrecht 80, 87f.
 Beeinträchtigung durch Gefährdung 87, 879, 888f.
 Beginn des Schutzes 84, 103
 Eingriffe 93f.
 Eingriffsrechtfertigung 95, 98ff.
 Einschränkbarkeit 77
 Einschränkung durch verfassungsimmanente Schranken 99
 Gesetzesvorbehalt 98f., 103
 Grundrechtsberechtigter 92
 Leistungsrecht 91
 neue Interessenkonflikte 102f., 893f.
 objektiv-rechtliche Aspekte 88
 Schranken-Schranken 100f.
 Schutz vor Gefahren der Gentechnik 887ff.
 Schutz vor Gefahren der Kernenergie 887, 888ff.
 Schutzbereich 81, 103
 Schutzbereich, zeitliche Abstufungen 103, 893
 Schutzpflicht 39, 80, 88ff., 94, 99, 340, 878f., 887, 889
 Umweltschutz aufgrund des ~es 877ff.
 Verhältnismäßigkeitsprinzip im weiteren Sinne 100f.
 zeitliche Grenzen 83f., 103
Leben und Würde
 Einheit von ~ 78ff., 86, 96, 101f., 894
 konstitutives Verhältnis 83f.
 strukturelle Unterschiede 80, 95, 101
 textliche Unterschiede 80
Lebensgrundlagen, Schutz der natürlichen (Art. 20a GG)
 Bewahrung 877
 europarechtlicher Einfluß 886
 Gestaltungsfreiheit bei Maßnahmen zum ~ 879ff.
 Grenze des Schutzbereichs von Grundrechten 883f.
 Grenzen der Verantwortung des Staates 882, 884

- grundrechtlicher Umweltschutz und ~ 877, 879
 Pflichten der Exekutive 882
 Pflichten des Gesetzgebers 875, 880ff.
 Rückschrittsverbot 875, 881f.
 Schranken 874
 Schutzbereich 875f.
 Umweltstaatsprinzip 875
 Unterlassungspflichten zum ~ 882
 Verantwortung für die künftigen Generationen 876
 verfassungsimmanente Schranke des ~es 874, 876
 verfassungsrechtliche Verbürgung 873ff., 879ff.
 Vorsorgepflicht 876, 881
 Wirkung des Staatsziels 874f.
 Ziel 877, 880
- Legalenteignung 481
 Legalitätsprinzip 520
 Legislative, Schutz der 437
 Legislaturperiode, Verlängerung der 568
 Legitimation, demokratische 567, 570, 671f., 677, 804ff., 811f., 820, 903, 905ff.
 Betroffenheit als Grundlage 907
 Bundestag und ~ 671
 Europa und ~ 903
 Formen 569f.
 Legitimationsniveau 671, 907
 Regierung und ~ 677
- Legitimationskette, ununterbrochene 567, 570, 906
- Leistungsfähigkeitsprinzip 541f., 544ff.
 Leistungsgrundrechte 52f.
 Abwehrrechte 52f.
 Doppelcharakter 52f.
- Leistungstheorien der Menschenwürde 82
- Lenkungsabgaben 555ff., 743, 783ff.
 Gesetzgebungskompetenz 555ff., 784ff.
 Grenzen der Gesetzgebungskompetenz 743, 785f.
- Lex Platow 27
 Lex Rhein Stahl 27
 Lex Schörner 27
- Lindauer Absprache 696
 Lohnabstandsklauseln 311
 Lügendetektoren 98, 103
 Lumpensammler-Entscheidung 403
 Lüth-Entscheidung 36, 42, 47, 111, 164, 182, 230
- Maastricht-Urteil 128, 325f., 704, 714, 751, 903
- Macht
 Limitiertheit der politischen ~ 571, 574
 Verantwortlichkeit der ~ 573
- Mandat
 freies ~ 585f., 638, 647, 671
 gebundenes ~ 585
- Männer, Benachteiligung von ~n 150, 155f.
- Marktlenkung 267ff.
- Marktwirtschaft 243, 248
- Massenmedien 239f.
- Maßnahmegesetz 28
- Maßnahmen, positive 149ff., 153
 Kontrolldichte 150ff.
- Maßstäbengesetz, Konzept eines ~es 723f., 775f., 793ff., 800f.
- Maßstabregel 418
- Medien
 Produktion von Prominenz 185
 Stellung im politischen Meinungskampf 185
- Medienaufsicht 233
- Mediendienste, Staatsvertrag der Länder über die 206
- Medienordnung 910ff.
- Medienunternehmen, Betrieb durch politische Parteien *siehe* Parteien
- Mehrheit 582
- Mehrheitsprinzip 581, 583f., 627, 657f., 660
 Grenzen 658
 Intensitätsproblem *siehe dort*
 Kompromißzwang durch das ~ 583f.
 Konflikt mit Minderheitsrechten 657f.
 Legitimation 658
- Mehrheitswahl 593ff., 605, 670
siehe auch Wahlsystem
- Meinungen, Kampf der 113, 164ff., 173, 186
- Meinungsbildung, hierarchisch-staatsfixierte 231ff., 239f.
siehe auch Staatsfixierung des BVerfG
- Meinungsfreiheit 139, 163ff., 230f., 911
 Abwägung 175ff., 190
 allgemeines Gesetz 171, 174ff., 181
 Demokratie und ~ 163f., 181, 186ff., 911
 dienende Freiheit 231
 Form/Inhalt-Unterscheidung 172f.
 Funktion 163f.
 Grenzen 169f.
 Grundlage jeder Freiheit 163f., 167
 Herkunft 164
 Kunstfreiheit und ~ 178

- öffentlichen Angelegenheiten und ~ 166, 182f.
 persönliche Ehre und ~ 175f.
 Persönlichkeitsentfaltung und ~ 911
 politischer Meinungskampf und ~ 165f., 173f., 182f.
 Schutz in anderen Ländern 178, 190
 Schutzbereich 165f.
 Versammlungsfreiheit und ~ 166
 Weimarer Reichsverfassung 163
 Meinungsklima 187
 Mensch, konstitutive Eigenschaften des ~en 78
 Menschenbild des Grundgesetzes 11, 98, 106f., 118, 261, 340, 831, 885, 904
 Menschenwürde 55f., 77ff., 90ff., 94ff., 105ff. 109ff., 178, 185, 191ff., 475, 497
 Abwehrrecht 80, 85f., 88
 Beginn des Schutzes 84, 103, 893
 Beschränkungs- und Konkretisierungszu-
 ständigkeit des einfachen Gesetzgebers 104
 Definitionen 82f.
 Eingriff 94f., 97f.
 Eingriffsrechtfertigung 95ff., 101, 103
 Eingriffsrechtfertigung durch Einwilligung 103
 Einschränkungbarkeit 77ff., 96f., 101ff.
 Grundrechtscharakter 86f.
 Grundrechtsträger 83f., 92, 103, 893
 Leistungsrecht 90f.
 neue Gefährdungen 77f., 102
 oberster Wert 87
 objektiv-rechtliche Aspekte 87
 postmortaler Schutz 84f.
 praktische Wertlosigkeit 102
 Rechtsstaat und ~ 425
 Schutzbereich 81ff., 94, 97
 Schutzpflicht 80, 85, 87f., 92
 Strafgewalt und Strafvollzug und ~ 514f., 517, 521f.
 Unantastbarkeit 96f., 101f.
 Verwirkung 83
siehe auch Gentechnik; Leben und Würde; nasciturus; Objektformel; Steuergewalt
 Menschenwürdekern der Grundrechte 426
 Menschsein, Beginn des ~s 79, 103
 Merkmale
 Einflußmöglichkeit auf das Vorliegen von ~n 132f., 141, 144, 156
 personenbezogene ~ 132ff.
 Mietbesitz, Schutz des ~es 278f., 284
 Mikrozensus 109
 Minderheit 582
 Minderheitenschutz 561f., 627, 629, 636f., 643, 654f., 657ff.
 Minderheitsmeinungen, Schutz der 169f.
 Minderheitsrechte im Parlament 657ff.
 Minimalstaat 832
 Mischverwaltung, Unzulässigkeit der 727, 741, 756f.
 Mischwahlsysteme *siehe* Wahlsystem
 Mitbestimmung, betriebliche 3, 258, 262f., 284, 293ff., 300f.
 Mitgifttheorie der Menschenwürde 82
 Mittel, Rechtmäßigkeit des ~s 451
 Mobilfunknetze 205
 Mosaik der Persönlichkeit 114, 117
 Motive des Äußernden 185
 Multifunktionalität der Grundrechte 3f.
 Multifunktionalität der Netze *siehe* Verbreitungswege für unkörperliche Güter

 Nachbesserungs- und Kontrollpflichten des
 Gesetzgebers 263f., 267, 270, 313
 Nachrüstungsentscheidung 706
 Nachtarbeitsverbot 40, 150, 154f.
 nasciturus 78f., 84, 88, 92, 99, 889, 893f.
 Grundrechtsträger 78f., 84, 92
 lebendes Wesen 78f., 84
 staatliche Schutzpflichten gegenüber dem ~ 88, 92, 99, 509
 Träger der Menschenwürde 78f., 84, 893f.
 Naßauskiesungsbeschluß 281
 NATO-Doppelbeschluß 710
 ne bis in idem *siehe* Doppelbestrafung, Verbot der
 neminem laedere 16
 neminem nocere 16
 Netzzugang *siehe* Zugangsverpflichtung
 Neue Formel 6, 131ff., 136, 138, 162, 459, 543
 Neutralität, weltanschaulich-religiöse 418ff., 898
 Nichtausbürgerung, Regelvermutung der 331
 Nichtdiskriminierungsgehalte bei Freiheits-
 rechten 45
 nichteheliche Kinder, Gleichstellung 160
 Nichtrechtsfähige Verbände, Grundrechtsfähig-
 keit 62
 Nichtstörungsklausel 16
 Nichtverursacherprinzip 885
 Nivellierungsverbot 790f.

- Normenhierarchie 435
 Normklarheit, Gebot der *siehe* Bestimmtheitsgrundsatz
 Normverwerfungsmonopol 434, 437, 480, 756
 „NPD von Europa“ 170f., 174
- Objektformel 94f., 475, 497, 500
 Offenheitspflege 211
 öffentliche Ämter, Zugang zu ~n 365ff.
 Auswahlkriterien 365f.
 Gleichgewichtigkeit der Auswahlkriterien 366
 Verfahren bei der Stellenbesetzung 367
 verwaltungserichtliche Kontrolle der Auswahlkriterien 366
 Öffentliche, das 230f.
 Öffentlichkeit der Entscheidungsfindung 573f.
 Öffentlichkeiten, fragmentierte 185
 Öffentlichkeitsbezug der Äußerungen 181f.
 öffentlich-rechtlicher Dienstherr, Berufung auf Grundrechte 315
 Öffnungsklausel 153
 Öko-Audit 880, 886
 Ökonomisierung des Verfassungsdenkens 239
 Öko-Steuer 783, 861
 Ökozentrik 875
- Opposition 659ff., 676f., 681, 685
 Begriff 659
 Fraktionen und ~ 681
 Kontrollfunktion 660f.
 Recht auf Bildung und Ausübung 659
 Rechte 659, 676f.
- Optimierungsgebot, Volkssouveränität als *siehe* Volkssouveränität
- Ordnung, internationale 431
 Organentnahmen 84f.
- Organisationen, internationale 704f.
 Beitritt 704
 Beschlüsse von ~n 705
 Fortentwicklung der Funktionen 708f.
 Gründung 704
 Umsetzung von Entscheidungen der ~n 705
- Organleihe 765
- Organstreitverfahren 628ff., 632, 638, 644, 647
 Parlamentsstreitigkeiten *siehe dort*
 Parteifähigkeit von politischen Parteien 616, 624f.
 Stellung des Abgeordneten 638, 644
 Stellung von Fraktionen 647
 Stellung von parlamentarischen Gruppen 651
- Parlament *siehe* Bundestag
 Parlamentarismus, kooperativer 674, 676
 Parlamentsbeschluß, konstitutiver 633, 674, 706f.
 Parlamentsbeschluß, schlichter 675
 Parlamentsrecht *siehe auch* Geschäftsordnung des Bundestages
 Aufgabe 627, 629
 Bedeutung des BVerfG bei der Entwicklung des ~s 629
 Eigenarten 628
 Lösung von Streitigkeiten über das ~ 628f.
 Offenheit und Flexibilität 628
 politisches Recht 660
- Parlamentsstreitigkeiten 628f., 630, 661f.
 Bedeutung des BVerfG 661f.
 politische Streitigkeiten 661
- Parlamentsvorbehalt 98, 672ff., 888, 890
- Parteien 230, 582, 609ff., 670, 680
 Alternativenreduktion durch ~ 230
 Aufgabe 611f., 617, 620f., 626, 680
 Berufsfreiheit 617, 619f.
 Chancengleichheit der ~ 615f., 618, 622ff., 670
 Demokratie und ~ 561, 610f., 621f., 624, 680
 Eigentumsfreiheit 618f., 622f.
 erwerbswirtschaftliche Betätigung 616f., 619f., 625
 gesellschaftliche Verwurzelung 612f., 615f., 623, 626, 680
 Gleichheitsrecht und ~ 615, 623f.
 Grundrechtsfähigkeit 616ff.
 iansusköpfige Rechtsstellung 612ff., 616, 624f.
 innere Ordnung 613f.
 Kommunikationsfreiheiten 617, 620ff.
 Medienunternehmen und ~ 617f., 620ff., 625
 öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse zum Staat 614ff., 619, 624f.
 organschaftliche Funktion 611f., 616
 politische Willensbildung und ~ 229f., 429, 610, 612ff., 620ff., 626, 909f.
 prozeßrechtliche Stellung 616, 624f.
 Rechtsverhältnis zu anderen Privatrechtssubjekten 613
 Rundfunkfreiheit 618
 Sendezeitgewährung 615, 623f.
 Sonderstellung im Verfassungswesen 909
 Staatsfreiheit 612ff., 618, 622, 624, 910
 Stadthallenzulassung 615
 verfassungsrechtliche Grundlagen 615, 680

- verfassungsrechtliche Institution 612f., 621
- Wahlen und ~ 596, 598, 610, 620ff.
- Wettbewerb der ~ 188
- siehe auch* Koalitionen von Parteien; Parteienfinanzierung
- Parteienfinanzierung 611, 614f., 622f., 910
- prozessuale Möglichkeiten der Parteien 616
- verfassungsrechtlicher Maßstab 614f., 622f.
- Wahlkampfkostenerstattung 614
- Zulässigkeit der staatlichen Grundfinanzierung 611, 614f.
- Parteienrecht als Richterrecht 609
- Parteienstaat 609ff., 626, 630f., 680, 909
- Parteifreiheit 167, 171
 - abschließende Regelung 623ff.
 - Betätigungsfreiheit 617, 619f., 623
 - Eigentumsfreiheit als Teil der ~ 618f., 622f.
 - Kommunikationsfreiheit als Teil der ~ 171, 620ff.
 - siehe auch* Parteien
- Parteiverbot 167, 428f.
- Parteivermögen 618, 622f., 625
- Pay per view 203, 207
- PDS-Vermögen-Entscheidung 618, 622
- Personalvertretung 301f., 315, 567
 - Unterschriftenquoten für Wahlvorschläge 301f.
- persönliche Sachverhalte, Recht auf Selbstentscheidung über Offenbarung 112
- Persönlichkeit 185
- Pflichtexemplar-Entscheidung 282
- Planung, staatliche 678f.
- Plausibilitätsprüfung 130
- Politiker
 - publizistische Position 183
 - Rekrutierung 189f.
 - Stellung im politischen Meinungskampf 182ff., 189
- politische Kultur 187ff.
- Politische, das 356
- politisches Klima 191
- praktische Konkordanz *siehe* Konkordanz, praktische
- Prämandatskontrolle 639
- preferred freedoms 537
- Pressefreiheit 164, 193ff., 198, 201, 230, 516
 - demokratische Willensbildung und ~ 195, 230, 911
 - elektronische Presse und ~ 198
 - faktische Lage bei Beginn der BVerfG-Rechtsprechung 194
 - Internet und ~ 201
 - liberales Leitbild 194
 - Schranke der Strafgewalt 516
 - Wurzel der Meinungsfreiheit 164
- Prinzipien 563f.
 - prinzipientreue Rechtsanwendung 564
- Privat-Beamter 373ff.
- Privatheit, Grundrecht auf 108ff.
- Privatjustiz, Ausschaltung von 505
- Privatschulfreiheit
 - Leistungsrecht 45, 157
 - Schutz bei juristischen Personen 66
- Privatschul-Urteil 157f.
- Privatversicherungen 277, 829f., 841, 854, 867, 869
- Prognosen 32f., 455f., 458
 - Bewertungen im Rahmen der ~ 458
 - Definition 455
 - Rationalität der ~ 455f.
- Programmfreiheit 207, 215
- Proportionalität *siehe* Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne
- Prozeßgrundrechte 52f., 483, 493ff.
 - Abwehrrechte 53
 - Doppelcharakter 53
 - Grundrechte 494
 - juristische Personen und ~ 64f., 68, 485, 806
 - Leistungsgrundrechte 52f.
 - Rechtsstaat als Grundlage 493f.
 - Schranken für das Strafverfahren 517
 - Schutzbereich 6
 - Urteilsverfassungsbeschwerden wegen Verstoß gegen ~ 501ff.
 - siehe auch* faires Verfahren, Recht auf ein; Justizgewährungsanspruch; rechtliches Gehör, Recht auf; Rechtsschutzgarantie; Richter, Recht auf gesetzlichen; Waffen-gleichheit, prozessuale
- Prozeßkostenhilfe 470, 499
- Prozeßrecht 467ff.
 - Ausgestaltung 467f., 477
 - Demokratieprinzip und ~ 470
 - Gewaltenteilungssystem und ~ 470
 - Rechtsstaatsprinzip und ~ 468f.
 - Reformdiskussion 482
 - Sozialstaatsprinzip und ~ 469f.

- verfassungsrechtliche Einzelregelungen 468f.
siehe auch Rechtsschutzgarantie; Prozeß-
 grundrechte
 Prozeßzwecke 468
 Prüfungs- und Verwerfungskompetenz 756
 Prüfungsmaßstab *siehe* Kontrolldichte
 Prüfungsrecht 138
 publizistischer Wettbewerb, Anspruch auf
 Gleichbehandlung 45

 Quotenregelungen *siehe* Maßnahmen, positive

 Radbruchsche Formel 322
 Rastede-Entscheidung 805, 808, 810
 Recht
 Einteilung des ~s 467
 materielles ~ 467
 subjektives ~ 484, 492
 subjektives ~ aus objektiven Verfassungs-
 grundsätzen 492
 Rechte anderer 16
 rechtliches Gehör, Recht auf 496ff., 517f.
 Bedeutung 496f.
 Geltung für nichtgerichtliche Verfahren 497
 Grenzen 498
 Grundlagen 497
 Inhalt 497f.
 Verletzung 498f.
 Rechtsfähigkeit 60f.
 partielle ~ 60
 Relativität der ~ 59, 61f.
 Rechtsfortbildung, richterliche *siehe* richterliche
 Rechtsfortbildung
 Rechtsmittel, Anspruch auf *siehe* Instanzenzug,
 Garantie eines ~es
 Rechtsordnung
 Aufbau 434f.
 Verlässlichkeit der ~ 904
 Rechtsschutz, Garantie des effektiven ~es 139,
 487ff., 493, 497
 Adressaten 488
 Herleitung 487
 Justizgewährungsanspruch und ~ 493
 sachliche Dimension 489
 zeitliche Dimension 488
 Ziel des Rechts auf rechtliches Gehör 497
 Rechtsschutz
 vorbeugender ~ 488
 vorläufiger ~ 488, 490
 Rechtsschutzgarantie 471ff.

 Abwehrfunktion 474f.
 Ausgestaltung 489
 Diskussion um die ~ 473f.
 Einwirkung materieller Grundrechte 477
 Ergänzung durch Staatshaftung 477f.
 gegen Exekutivakte 478f.
 gegen Judikativakte 481ff.
 gegen Legislativakte 479ff.
 historische Entwicklung 471ff.
 institutionelle Garantie 476f.
 Justizgewährungsanspruch und ~ 492
 Leistungsrecht 474f., 490
 lückenloser Rechtsschutz 475f.
 materielle Grundrechte als Grundlage 477
 objektive Wertentscheidung 476
 öffentliche Gewalt 478ff.
 Schranken 489ff.
 Schutzbereich 474
 subjektives Grundrecht 474f.
 unmittelbar geltendes Recht 474
 Verletzung subjektiver Rechte 475, 484f.
 Verrechtlichungsgebot 476
 zivilrechtliche Streitigkeiten und ~ 491
siehe auch Rechtsschutz, Garantie des effek-
 tiven ~es; Rechtsweg
 Rechtssicherheit 440
 Rechtsstaat/Rechtsstaatsprinzip 139, 143, 421ff.
 Behandlung durch das BVerfG 423, 443
 Bewahrung in der Weltgesellschaft 431f., 441
 Bundesrepublik als Rechtsstaat 422
 Diskussion über ~ 444
 eigenständiges ~ 422, 424, 426, 433
 Elemente 425f., 432ff.
 europäische Integration und ~ 421, 430, 442
 Gerechtigkeit und ~ 433f.
 internationaler Kontext 441f.
 Krise des ~s 443
 Menschenwürde und ~ 425
 Nennung im GG 421
 Pflicht des Bürgers zur Bewahrung des ~s
 430
 politische Bedeutung 442f.
 prozeßrechtliche Anforderungen aus dem ~
 468ff.
 rechtliche Grundlage 423
 Schutz 425ff.
 Steuergewalt und ~ 548
 Strafhoheit und ~ 521ff.
siehe auch faires Verfahren, Recht auf ein;
 Gesetzesvorbehalt; Gewaltenteilungsprin-

- zip; Justizgewährungsanspruch; Prozeß-
 grundrechte; rechtliches Gehör, Recht auf;
 Rechtsstaatsverständnis, summatives;
 Rechtssicherheit; Strafrechtspflege, funk-
 tionstüchtige; Verhältnismäßigkeitsgrund-
 satz; Vorrang des Gesetzes
 Rechtsstaatsverständnis, summatives 422, 424
 Rechtsverordnungen, exekutives Recht zur
 Setzung von 435, 673
 Rechtsweg, Anforderungen an den 485ff.
 Redezeit-Urteil 629, 659
 Regalientheorie 359f.
 Regelung, personenbezogene *siehe* Differenzie-
 rung, personenbezogene
 Regelung, sachbezogene *siehe* Differenzierung,
 sachverhaltsbezogene
 Regierung 672ff.
 Äußerungsmöglichkeiten im Parlament 633f.
 demokratische Legitimation 677
 Einfluß auf parlamentseigene Initiativen 673,
 678
 Funktionsvorbehalt der ~ 632
 Informationspflichten 634
 Initiativrecht 672, 678
 Kernbereich 677
 Kollegialorgan 679
 Kompetenz in auswärtigen Angelegenheiten
 674, 696ff., 717f.
 Kompetenzen beim Beitritt zu internationa-
 len Organisationen 704
 Kompetenzen bei der Fortentwicklung der
 EU 675, 685, 711ff.
 Kompetenzen bei der Gründung internatio-
 naler Organisationen 704
 Öffentlichkeitsarbeit 909
 Planung durch die ~ 678f.
 Rechtsverordnungsetzung 435, 673
 Tätigkeit 677f.
 Verbindung mit Regierungsmehrheit 676,
 679ff.
siehe auch Kanzlerprinzip; Koalitionsregie-
 rung; Ressortkompetenz; Richtlinienkom-
 petenz
 Regierungssystem, parlamentarisches 663ff.
 Begriff 664
 Bundesstaatsprinzip und ~ 668, 684ff.
 Fraktionen und ~ 680
 Gewaltenteilung und ~ 668f., 672
 Koalitionen und ~ 681ff.
 komplett parlamentarisch-demokratisches
 System 667
 Opposition und ~ 676f., 681, 690
 partiell offenes System 665, 689
 Prägung durch Verfassungswirklichkeit
 665f., 689
 Primat der Politik 668f.
 Staatsleitung im ~n 666, 668f., 684ff.
 Unterschied der Ausgestaltung im GG und
 in Weimar 664, 666
 verfassungsrechtliche Grundlagen und Vor-
 gaben 667f., 689
siehe auch Kanzlerdemokratie; korporatisti-
 sche Entscheidungsstrukturen
 Reinheitsgebot für Bier 128
 Reiten im Walde 123
 Religionsfreiheit 58, 65, 386, 393ff.
 Ausstrahlungswirkung 404
 Gesamtgrundrecht 394
 Gesetzesvorbehalt 408
 Interpretationswandel 386
 juristische Personen und ~ 65
 Kollision zwischen negativer und positiver ~
 399f.
 Menschenwürde und ~ 386, 394
 negative ~ 398ff., 412, 417
 religiöses Selbstverständnis als Ausgangs-
 punkt 401ff., 408
 säkularer Rahmencharakter des Tatbestands
 395, 400ff., 405f., 415
 Schranken 386, 407f.
 Schutzbereich 393ff.
 Verbot staatlicher Bewertung 395
 verfassungsimmanente Schranken 407f.
 Verhältnis zu den Institutionen 397, 409
 Wechselwirkungslehre 402f.
 Ziel 405ff.
siehe auch Religionsfreiheit, kooperative
 Religionsfreiheit, kooperative 58, 396f., 409,
 415f.
 Bedeutung 396f.
 Eigenständigkeit der Religionsgemeinschaf-
 ten 409
 Parität der Religionsgemeinschaften 386,
 415f.
 Schutzbereich 409
siehe auch Selbstbestimmungsrecht der Reli-
 gionsgemeinschaften
 Religionsgemeinschaften, Recht der 384
siehe auch Selbstbestimmungsrecht der Reli-
 gionsgemeinschaften

- Religionsrecht *siehe* Staatskirchenrecht
- Rente
 Besteuerung 846, 860
 dynamische ~ 841, 855
 Lohnersatzfunktion 855, 861
- Rentenversicherung 835, 839f., 846ff., 852, 854ff., 859ff., 867ff.
- Repräsentation 580f., 630f., 670, 906f., 909
- Resozialisierung 514
- Respekt vor dem Recht 188
- responsible government 569, 572
- Ressortkompetenz 679
- Restitutionsansprüche 281
- Restrisiko, hinnehmbares 881, 888ff.
- Rettungsschuß, finaler *siehe* Todesschuß, finaler
- Richter, Recht auf gesetzlichen 494ff., 498
 Festlegung des gesetzlichen Richters 495
 Recht auf gesetzmäßigen Richter 496
 Verletzung 496, 498
- richterliche Rechtsfortbildung 143, 392f.
- Richterrecht 42, 313f., 609
- Richtlinienkompetenz des Kanzlers 672, 679, 683
- Risikovorsorge *siehe* Vorsorge
- Rollenbilder, Verbot der Festschreibung von ~n 147f., 152, 154
- Römerberg-Gespräche 173, 187
- Römisches Statut 525
- Rücksichtnahmegebot, baurechtliches 878
- Rückwirkung
 durch Änderung an laufend erhobenen Steuern 551ff.
 Steuergesetze 549ff.
 Terminologie des BVerfG 549ff.
 Verbot der ~ 141, 441, 550
 Zulässigkeit 549f.
- Rundfunk, öffentlich-rechtlicher 197ff., 205, 208f., 213ff., 229, 231ff., 240
 Monopol 216, 229, 231
 Selbstkommerzialisierung 234
siehe auch Kulturrundfunk, nationaler
- Rundfunk, privater 196ff., 205, 209, 211ff., 233
 finanzielle Anreize 214
 Finanzierungsbeschränkungen 212f.
 inhaltliche Bindungen 212
 Konzentrationsbeschränkungen 212
 kultureller Standard 213f.
 Schutz wirtschaftlicher Interessen 216
 Träger der Rundfunkfreiheit 215f.
- Rundfunkanstalten
 Aufgaben 195f.
 Autonomie 195
 Grundrechtsfähigkeit 74
 Wettbewerb zwischen ~ 233f.
- Rundfunkfreiheit 193ff., 230ff., 898, 911
 aktuelle faktische Lage 198
 Definition 7, 202f., 206f.
 Demokratie und ~ 230, 911
 dienende Freiheit 194, 196f., 204, 208, 211, 214ff., 233, 911
 Dienstleistungsfreiheit 217
 europäische Rechtsprechung 216f.
 faktische Lage bei Beginn der BVerfG-Rechtsprechung 195
 Freiheitsrecht 215f., 235
 Kooperationsverhältnis mit Telekommunikationsrecht 237
 Technik/Inhalt-Unterscheidung 235
siehe auch Parteien; Programmfreiheit
- Rundfunkkompetenz 234ff.
- Rundfunkrecht
 materielle Zweckbindung 232f.
 Pluralismuskonzept 232, 238f.
- Rundfunkreform, französische 210
- Rundfunksystem, duales 197, 210f., 232f., 240
- Saarländisches Pressegesetz 191
- Sachbezogenheit der Aussage 185
- Sartire 178
- Sasbach-Entscheidung 891
- Satzungen, kommunale 435, 812
- Schankerlaubnissteuer 533
- Schleyer-Fall 340
- Schmähkritik 165, 170, 180, 185f., 188
- Schranken *siehe* Grundrechtsschranken
- Schranken-Schranke 2f., 26ff., 100f., 414
 Idee und Herkunft 26
 Menschenwürde als ~ 96
 Motiv für ~n 26
- Schrankensystem 8ff., 11
- Schrankenvorbehalt 12
- Schrankenwirrwarr 9
- Schuldprinzip 514, 522
- Schutz, diplomatischer 715
- Schutzalternative, interne 354
- Schutzbereich 1ff.
siehe auch die Hinweise zu den einzelnen Grundrechten
- Schutzermächtigung 40

- Schutznormtheorie 48f., 484
 Verhältnis zum Europarecht 485
- Schwangerschaftsabbruch 3, 78, 84, 90, 93f., 99, 894
- Schwerbehindertengesetz, Ausgleichsabgabe nach dem 779
- Schweretheorie 282
- Selbständigkeit, neue 247
- Selbstbestimmung über eigenes Bild und eigenen Namen 109f., 112
- Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften 384, 386f., 389, 409ff.
 eigene Angelegenheiten 411
 Freiheit des Wirkens 410
 Rahmencharakter 411, 415
 religiöses Selbstverständnis 411f., 416f.
 Schrankengesetze 412f., 415ff.
 Schranken-Schranke 414
 Verhältnis zur kooperativen Religionsfreiheit 386, 409
 Ziel 410f.
- Selbstbestimmungsrecht von Organisationen 56
- Selbstbeziehung, Zwang zur 515
- Selbstbindung des Gesetzgebers 834
- Selbstdarstellung, Recht auf 109f., 173f.
- Selbstherrlichkeit der Gesetzgebung 19
- Selbstlegitimation, Verbot der 570
- Selbstverwaltung, Garantie der kommunalen 803ff.
 Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft *siehe dort*
 Bedeutung zwischen Hoheitsträgern 809
 Dogmatik 812ff.
 Eingriffsbefugnis in Rechte Privater aus der ~ 809
 Finanzausstattungsanspruch 823ff.
 Finanzhoheit 823ff.
 Gemeindehoheiten 821ff.
 Gemeinwohl als Rechtfertigung einer Gestaltung der ~ 814, 818f., 824
 Grundrecht 806ff.
 institutionelle Garantie 807f., 816ff.
 Kernbereich 814, 816, 818ff.
 kommunale Außenpolitik 810
 kommunale Befassungskompetenz 810f.
 kommunale Eigenverantwortung 817ff., 825
 kommunaler Aufgabenbestand 817ff.
 Neugliederung oder Gebietsänderung 813ff.
 Organisationshoheit 822
 Planungshoheit 822
- Rechtssubjektsgarantie 813ff.
 Regelungsaufgaben des Gesetzgebers 817f., 821
 Schutzbereich 817ff., 824
 Schutzpflicht 817
 Staatsorganisationsprinzip der ~ 808
 strukturgebende Garantie der ~ 813
 Ultra-vires-Regel 810f.
 verbotender Gehalt 810
 Verhältnismäßigkeitsprüfung 807, 818f., 821f.
 Vorfeldsicherung 819f., 825
 Wechselwirkungslehre 818
 Zuweisungen von besonderen Raumfunktionen 815f.
- Selbstverwaltung, kommunale demokratische Legitimation 804ff., 811f., 820
 Doppelfunktion 806, 811f.
 politisch-demokratische Funktion 803ff., 815
 Teil der Exekutive 811f.
- Selbstverwirklichung im Beruf 245, 247
- Sendezeitvergabe *siehe* Parteien
- Sicherheit, Grundrecht auf 510f.
- Sicherheit, soziale 827, 829, 836, 844, 850ff., 868f.
- Sicherheitsgewährung durch den Staat 505f., 510f.
 nichtstrafrechtliche Mittel 506
 Pflicht zur ~ 505f., 510f.
 Staatsziel 505f.
 Strafe als Mittel 506
- Sicherungssysteme, soziale 848ff., 870
 Ergänzungssysteme 851f., 860
 Finanzierungsproblematik 857
 Hilfs- und Förderungssysteme 851
 Privatisierung 859
 Reform 860ff., 866f., 871
 Vorsorgesysteme 849ff.
siehe auch Sozialversicherung
- Sinn-Prüfung einer Äußerung 179
- Sitztheorie 69f., 344
- Solange I 716
- Solange II 716
- Soldaten-Beschluß 177, 321
- Solidarverantwortung 831, 843, 845, 853, 862, 866f., 869
- Sollertragsteuer *siehe* Vermögensteuer
- Sonderabgaben
 Abgrenzung zu anderen Abgaben 781ff.
 Begriff 778, 782f.

- Finanzierungszweck 778ff.
 Lenkungsfunktion 780
 Rechtsprechungsdifferenzen 778ff.
 Zulässigkeit 778ff., 793
siehe auch Lenkungsabgaben
 Sonderstatusverhältnis *siehe* Gewaltverhältnis, besonderes
 Sozialhilfe 830f., 848, 851, 860,
 Sozialleistungen
 Kürzungen 834f., 844, 862, 866
 Zielgenauigkeit 844, 863, 870
 Sozialrecht, dynamischer Grundrechtsschutz im 842
 Sozialstaat/Sozialstaatsprinzip 90f., 243, 827ff.
 als Rechtsprechungsstaat 846
 Bedeutung 827
 besondere Gleichheitssätze und ~ 840
 Demokratie und ~ 834ff., 869f.
 Europäisierung 858
 formelles ~ 845, 848, 870
 Freiheit des einzelnen und ~ 243, 827f., 831, 858, 869
 Gemeinwohlaufrag 845
 Gestaltungs- und Konkretisierungsauftrag 827, 833, 836ff., 843, 846ff., 863ff., 869ff.
 Grenzen 858f., 862, 871
 Grundrechtsbezug 836ff., 842f., 870
 Handlungsmaßstab 837f.
 institutionelles Gefüge 847, 870
 Institutionenschutz 848, 870
 Lasten 858
 lastengerechter ~ 835
 Maßgabevorbehalt der Leistungsfähigkeit 833, 864
 materiales Verfassungs- und Staatsprinzip 832, 846, 869
 offene Staatszielbestimmung 833, 836f., 842, 863, 869
 Ökonomisierung 845
 prozeßhaftes Verständnis 836f., 863
 Rationalität 852, 865
 Rechtsprechungsphasen 865
 Sozialordnung, gerechte 831f., 836, 869
 subsidiärer ~ 829f., 838, 844, 854, 858ff., 865ff., 869, 871
 Verfahrensmaßgaben 469f., 843f., 870
 Wandel 858ff., 866f., 871
siehe auch Ehe und Familie, Schutz von; Eigenverantwortung, soziale; Existenzminimum; Gerechtigkeit, soziale; Gleichheit, soziale; Risikoversorge; Sicherheit, soziale; Sicherungssysteme, soziale; Solidarverantwortung; Sozialhilfe; Sozialstaat, Europäischer; Sozialversicherung
 Sozialstaat, Europäischer 829
 Sozialversicherung
 Abgrenzung zur öffentlichen Fürsorge 854f.
 Auslegung 741f.
 Gattungsbegriff der ~ 853f.
 Gesetzgebungskompetenz 852, 781f.
 Kompetenz zur Veränderung 856f.
 materiellrechtliche Einbindung 855
 Organisationswahlfreiheit 856f., 870
 Reform 845, 861, 871
 verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz 846f.
 Versicherungsgedanke 853f.
 sozialversicherungsrechtliche Positionen, Schutz von ~n 276f., 840f., 846, 850, 862ff., 867, 870
 Sperrklauseln 604, 670
 Sphärentheorie 107, 112, 114ff.
 Spiegel-Urteil 230
 SRP-Urteil 519
 Staat
 Definition des BVerfG 903, 906, 908
 Garant von Recht und Gesetz 902, 904
 Gewährleistung von Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt 902ff.
 Hoheitsgewalt 903ff.
 Neutralität des ~s 904f.
 Rechtfertigung des ~s 903f.
 Wertgebundenheit 904f.
 Zwei-Ebenen-- 737f., 747
 Staat-Bürger-Verhältnis, Subjektivierung des ~ses 475
 Staatenlosigkeit 335, 344
 Staatensukzession und Staatsangehörigkeit 335f.
 Staatlichkeit
 offene ~ 902
 paktierende ~ 691
 Staatsangehörigkeit
 Ausschließlichkeit 333
 Diskriminierung wegen der ~ 347
 mehrfache ~ 333, 335, 341
 Recht auf ~ 337
 Staatsbürgerschaft und ~ 334, 336f., 339f.
 Staatsangehörigkeit, deutsche 319
 Abstammungsprinzip 335, 338
 Begriff 319, 337

- Bestimmung durch das BVerfG 320
 Bestimmung durch das GG 319
 Bestimmung durch einfaches Gesetz 319
 demokratisches Verständnis 340f.
 effektive ~ 331, 333
 Einheit trotz Teilung 322, 324, 334
 Erwerb nach einem deutschen Elternteil 334
 Loyalitätspflichten aus der ~n 341f.
 Recht auf Beibehaltung 338
 staatsrechtlicher Aspekt 332f.
 Strukturmerkmale 332ff.
 Territorialitätsprinzip 328, 335
 umfassendes Rechtsverhältnis der ~n 333, 337f.
 unionsrechtlicher Einfluß 324ff., 342f.
 Unwirksamkeit des Entzuges aus rassistischen Gründen 322
 Verbund- und Folgerechte 338ff.
 Verlust 323, 332, 335f., 338
 Verlust durch Restitution Österreichs 323, 332, 336
 völkerrechtlicher Aspekt 332
 Weiterbestehen nach Ende des NS-Regimes 320ff., 330f., 334
 Willensprinzip 335
 Zwangsverleihungen 320f.
siehe auch Staatensukzession und Staatsangehörigkeit
 Staatsbürger, Begriff 337
 Staatsbürgerrecht 576
 Staatsfixierung des BVerfG 231ff., 237f., 240
 Staatshaftung 477f.
 Staatskirche, Verbot der 383, 388, 391f., 411, 417f.
 Staatskirchenartikel, Bedeutungswandel der 381, 387ff., 418
 Interpretationswandel 390ff.
 unterschiedliche Ausgestaltung 392
 veränderte Auswirkungen 389ff.
 Wandel der religiösen Anschauungen 391f.
 Weitergeltung der Grundentscheidungen 388
 Staatskirchenrecht 379ff.
 Aufgabe 386
 Ausgleichsordnung 383, 407
 Bedeutung der Tradition 382, 385
 Bedeutung des BVerfG 379ff., 404
 Grundpfeiler 404
 Modell für eine pluralistische Gesellschaft 387
 Prävalenz der Institutionen 385f.
 Relativismus des ~s 387, 395, 407
 richterliche Rechtsfortbildung 392f.
 Rolle des Individuums 385f., 396
 säkulares Rahmenrecht 382f., 391f., 411
 Vorrang der Verfassung 382
siehe auch Koordinationslehre; Neutralität, weltanschaulich-religiöse; Trennungsprinzip
 Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem *siehe* Regierungssystem, parlamentarisches
 Städtepartnerschaften 810
 Stadtstaaten, Mehrbedarf von 798f.
 Stand der Wissenschaft und Technik 878, 889ff.
 Sterbehilfe 79, 103
 Steuerertragsaufteilung 787f.
 Steuergerechtigkeit 159, 544, 546
 Steuergesetz
 Anforderungen an Bestimmtheit 548
 verfassungsrechtliche Anforderung an die Anwendung von ~en 547
siehe auch Rückwirkung
 Steuergesetzesvorbehalt 548f.
 Steuergesetzgebungskompetenz 554ff., 777ff., 784ff.
 abschließende Regelung 554
 Begrenzung durch Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung 742f., 785
 der Länder 554, 556ff.
 des Bundes 554ff., 557
 Verhältnis zur Sachkompetenz 555, 785f.
 Steuergewalt 527ff., 774
 Ableitung aus Freiheitsrechten 774
 Steuergewalt, Grenzen der 528ff., 839
 Allgemeine Handlungsfreiheit 527, 535ff., 540
 allgemeiner Gleichheitssatz 541ff.
 Berufsfreiheit 533ff., 540
 besonderer Gleichheitssatz 548
 Eigentumsfreiheit 534ff., 539f.
 Freiheitsrechte 532ff.
 Gesetzgebungskompetenz 554ff.
 Gewissensfreiheit 534
 Gleichheitsgrundrechte 541
 Grundrechte 529ff.
 Kunstfreiheit 534
 Menschenwürdegarantie 531f., 544
 Rechtsstaatsprinzip 548
 Schutz von Ehe und Familie 532f., 839
 Steuergleichheit 140

- Steuern
 Definition 527
 Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit durch ~ 527, 535ff., 540
 erdrosselnde Wirkung 534
 Gleichartigkeit 557f.
 Lenkungsinstrument der ~ 555f., 784
 Wirkungen 783ff.
siehe auch Abgaben; Lenkungsabgabe
- Steuerrecht 140f., 159, 530f., 536, 539, 541f.
 Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsprinzips 536, 541
 Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 539, 542
 Unübersichtlichkeit der Rechtslage 530f.
- Steuerstaat
 Begriff 776f.
 normativer Gehalt 777ff., 781, 783
- Stichtagsregelung 141
- Stinnes-Legien-Abkommen 295
- Strafe, Wirkung von 506f.
- Strafgewalt 505f., 508
 Allgemeines Persönlichkeitsrecht als Schranke 515f.
 Berufsfreiheit als Schranke 517
 Demokratiegebot als Schranke 519ff.
 Freiheitsrecht als Schranke 516
 Gleichheitssatz als Schranke 515ff.
 Grundrechte als Schranke 512ff.
 internationale Einbindungen als Schranke 524f.
 Legitimation durch Rechtsstaatsprinzip 512
 Menschenwürde als Schranke 514, 517
 objektive Verfassungspositionen als Schranke 518ff.
 Pressefreiheit als Schranke 516
 Prozeßgrundrechte als Schranke 517f.
 Rechtsstaatlichkeit als Schranke 521ff.
 Rechtswerte von Verfassungsrang als Schranke 523f.
 Rücksichtnahme auf Streitkräfte als Schranke 523f.
 Schranken 512ff.
 staatliche Grundausstattung 505f.
 Unterfinanzierung als Schranke 524
 Verhältnismäßigkeitsprinzip als Schranke 523
- Strafrecht
 Alternativen 506f.
 Bedingungen für den Einsatz 507ff.
 Europäisierung 524f.
 Mittel der Sicherheitsgewährung 505f.
 Möglichkeit des Verzichts auf ~ 507f.
 Pflicht zum Einsatz von ~ 90, 509f.
siehe auch Strafgewalt; Ultima-ratio-Formel
- Strafrechtspflege, funktionstüchtige 511f.
- Straftaten, staatliche Pflicht zur Aufklärung von 505f.
- Strafvollzug, verfassungsrechtliche Vorgaben 514f.
- Strafzwecke 506f.
- Strauß-Entscheidungen 171, 178
- Streikrecht 294, 300, 308, 314f., 370
- Streitigkeiten, föderale 720f., 726f., 744
siehe auch Bund-Länder-Streitigkeiten
- Streitkräfte, Auslandseinsätze der 438, 674f., 694, 697, 699f., 702, 706f., 718
- strict scrutiny 161
- Subsidiaritätsprinzip
 bundesstaatliches ~ 746f.
 europarechtliches ~ 745f., 751f.
- Substanzsteuer 285
- Substrat, persönliches 59
- Subventionierung, Marktlenkung durch 268f.
- Südfahrt Stendal 28
- Tagebuchfall 115
- Tarifautonomie 293ff., 297ff., 308
 abgestufter Schutz 309ff.
 Beamte und ~ 308
 Geschichte 295
 Gestaltungsspielraum bei internationalem Bezug 311f.
 Kernbereich 309f.
 Parität der Parteien 310, 312ff.
 Parlamentarischer Rat und ~ 295f.
 Weimarer Reichsverfassung und ~ 294
 Wesentlichkeitstheorie und ~ 299
- Tarifvertrag, Wirkung für Außenseiter 299
- Tarifvertragsfreiheit *siehe* Tarifautonomie
- Tatsachenbehauptung 170, 176ff., 180
 Wahrheit/Unwahrheit 177f.
- Taubenfüttern 122f.
- Teilrechtsfähigkeit 62
- Teilzeitbeamte 376ff.
- Telekommunikation 234ff.
 dienende Funktion 234ff.
 Kooperationsverhältnis mit Rundfunk 237
 Privatisierung und Globalisierung 204f.
- Telekommunikationskompetenz 234f.

- Territorialitätsprinzip 280f.
 Teso-Beschluß 322, 324
 Testiermöglichkeit für Behinderte 158
 Tod 103
 Todesschuß, finaler 79, 93
 Todesstrafe 93, 100
 Totalvorbehalt 673
 Transsexuelle, personenstandsrechtliche Änderung 137
 Transplantationsgesetz 84f.
 Transparenzpflichten 119
 Trennungsprinzip 383, 388, 392, 397, 404, 415, 417f.
 Tucholsky-Zitat 172
 Typisierungen 141f., 146f., 150

 Überhangmandate 606
 Übermaßverbot *siehe* Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
 Ultima-ratio-Formel 508f.
 Ultra-vires-Regel 810f.
 Umsatzsteuerergänzungsanteile 789f.
 Umweltabgaben 783, 861
 Umweltbelastungen, Schutz vor 89
 Umweltinformationsanspruch 120
 Umweltrecht
 Europäisierung 886
 siehe auch Kooperationsprinzip; Verursacherprinzip; Vorsorgeprinzip
 Umweltschutz
 Bedeutung der Schutzpflichtenrechtsprechung 878f.
 grundrechtlicher ~ 877f.
 Nachweltschutz 876
 Verantwortung des einzelnen 884f.
 Umweltschutz als Staatsziel *siehe* Lebensgrundlagen, Schutz der natürlichen
 Umweltstaat 875f., 879, 881f., 884, 886f.
 Unabhängigkeit, richterliche 438
 Ungleichbehandlung
 Eingriff in ein Freiheitsrecht durch ~ 45
 faktische ~ 127, 140, 153, 156
 indirekte ~ 851
 Verbot unverhältnismäßiger ~ 131
 Unionsbürgerschaft 324, 342f.
 Unitarisierung *siehe* Bundesstaat
 Unterhaltsaufwendungen 137
 Untermaßverbot 43, 89, 94, 445f., 463f.
 Unternehmenskapital, Sozialbindung 284
 Unterschiede, biologische 154f.

 Unterschiede, funktionale (arbeitsteilige) 154
 Untersuchungsausschüsse 519ff., 653ff., 665
 Aufgabe 654
 Aufklärung von Mißständen im privaten Bereich 657
 Aussageverweigerungsrecht in ~n 520f.
 Bedeutung für parlamentarische Demokratie 654
 Befugnisse und Grenzen 655f.
 Beweiserhebungsrecht 656
 Korollartheorie 655
 sinngemäße Anwendung der StPO 520
 Überprüfung der Beschlüsse 520
 Untersuchungshaft 516
 Unterwerfungsthese 601
 Unvereinbarerklärung 160f., 846
 Unverletzlichkeit der Wohnung 7, 67
 Unversehrtheit, körperliche *siehe* körperliche Unversehrtheit
 Urgrundrecht 164

 Verantwortung für die künftigen Generationen *siehe* Lebensgrundlagen, Schutz der natürlichen
 Verbrauchsteuern, örtliche 554, 556
 Verbreitungswege für unkörperliche Güter, Konvergenz der 202, 204, 235f.
 Vereinigungsfreiheit
 kollektive ~ 58
 negative ~ 137
 Vereinsfreiheit, Schutz bei juristischen Personen 66
 Verfahrensorderungen aus Grundrechten 46, 477
 Verfassung
 freiheitlich-demokratische Grundordnung 898, 905
 Grenzen der Leistungsfähigkeit 899f.
 Integration durch ~ 900f.
 konstitutive Gesamtordnung 898
 prozedurale Funktion 901
 Rahmenordnung 898
 relative Offenheit 900
 Rückhalt der ~ 899
 Schutz der Integrität der Staatsorgane 903
 Vorbehalt der ~ 722ff., 729, 731, 741, 758f., 761
 Vorrang der ~ *siehe dort*
 Wertgebundenheit der ~ 562f., 904f.
 Verfassungsbereiche, Selbständigkeit der 898

- Verfassungsbeschwerdeberechtigung
 juristischer Personen 68, 71f., 76
 von Parteien 616, 624f.
- Verfassungsbindung der öffentlichen Gewalt
 19, 426, 434
- Verfassungsgerichte
 Kooperationsverhältnis 813, 824f.
 unabhängige Bereiche 733
- Verfassungsinterpretation 723f.
- Verfassungskonkretisierung 723f.
- Verfassungsorganantreue 637
- Verfassungsrecht, ungeschriebenes 723, 731
- Verfassungsrechtsgüter 15f.
- Verfassungsrechtswissenschaft, internationale
 444
- Verfassungsschutzbestimmungen 13f., 167, 188,
 369f., 425ff.
- Verfassungsstaat
 Bedeutung des BVerfG 897
 Prinzip des ~s 897f.
- Verfassungstreuepflicht 13f., 369f., 427f.
- Verfassungswandel 388ff., 392, 415, 725
- Verfassungswidrigkeit, Folgen der 160f., 434f.,
 846
- Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne 30ff.,
 100f., 453f., 458ff., 464
 Kontroverse um die ~ 453f.
 Maßstab für den Gesetzgeber 461f.
 Notwendigkeit von Abwägungen 453f., 458f.
 Notwendigkeit von Bewertungen 453f., 458f.
 Notwendigkeit 454, 460f.
 Untermaßverbot und ~ 464
 Verpflichtung der Rechtsprechung auf die ~
 460f.
 Verpflichtung der Verwaltung auf die ~ 460f.
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 17, 30ff., 43,
 100f., 142, 153, 445ff.
 Anwendung zwischen Kompetenzträgern
 432f., 446ff.
 Bedeutung des BVerfG 446f.
 Elemente 32, 449ff.
 Entwicklung 445f.
 Ergänzung durch Gleichheitsprüfung 459,
 462
 Ergänzung durch Vertrauensschutz 459f.
 Grund für die Karriere des ~es 464
 Grundrechte als Grundlage 432, 446ff.
 Grundrechtsdogmatik und ~ 445, 447f.
 Hauptfunktion 31
 Kontrolle der Einhaltung 460ff.
- Notwendigkeit von Bewertungen 453f.,
 456ff., 462
 rechtliche Grundlagen 30, 432, 446ff.
 Rechtsstaatsprinzip und ~ 446ff., 523
 Steuerrecht und ~ 536, 541
 Strafverfahren und ~ 523
 Zumutbarkeit als Element 451f.
- Verhältnismäßigkeit 593ff., 670
siehe auch Wahlsystem
- Verkammerung 269f.
- Verlustverrechnung, Verbot der 547
- Vermittlungsausschuß 687
- Vermögen, Bedeutung für die persönliche Le-
 bensgestaltung 288
- Vermögensschaden, Kind als 79
- Vermögensschutz 274f., 279f.
- Vermögenssteuer 285ff., 538, 774f.
 als Sollertragsteuer 538, 775
 zulässiges Höchstmaß 538
- Vermögenssteuerbeschuß 274, 528, 538ff. 775
- Vermutungsformel 166, 171, 180ff., 188
- Versammlungsfreiheit 66, 166f., 911f.
- Versteinerungstheorie 742
- Verteidigungspolitik 694
siehe auch Streitkräfte, Auslandseinsätze der
- Verteilungsprinzip, rechtsstaatliches 882ff.
- Vertrag, völkerrechtlicher *siehe* völkerrechtli-
 cher Vertrag
- Vertragsfreiheit 122, 259f.
- Vertragsparität 122, 259f.
- Vertrauen in die Amtsausübung 572f.
- Vertrauensschutz 441, 459f., 834, 842, 862, 864,
 868f.
- Verursacherprinzip 885
- Verwaltung
 darreichende ~ 145f., 157
 Gesetzmäßigkeit der ~ *siehe* Vorrang des Ge-
 setzes
 Übergewicht der Länder bei der ~ 743
- Verwaltungsgerichtsbarkeit, historische Ent-
 wicklung 471f.
- Verwaltungsvorbehalt 439, 571
- Verwaltungsvorschriften 23
- Verwerfungsmonopol *siehe* Normverwerfungs-
 monopol
- Volk 576
 Begriff in Art. 20 II 1 GG 577f., 905ff.
 deutsches ~ *siehe* Volk, deutsches
 Entwicklung des Begriffs 576
 europäisches 578

- Inhomogenität des ~es 578
 natürliches ~ 329
- Volk, deutsches 319ff., 905ff.
 Ausländer als Mitglieder 326f.
 Basis der demokratischen Legitimation 905ff.
 Begriff des BVerfG 326, 328ff., 907
 Bestimmung durch das BVerfG 320
 einheitliches ~ trotz Teilung 322ff.
 Substanzbegriff 326
 Verfassungsbegriff 319
 Weiterbestehen nach Ende des NS-Regimes
 321, 331
- Völkerrecht
 einseitige Akte mit Bedeutung für das ~ 709,
 710
 Verhältnis zum Grundgesetz 431
 völkerrechtliche Handlungsformen 693f.
 völkerrechtlicher Vertrag 695f., 699ff., 715, 718
 Abschluß 699
 Abschlußkompetenz der Länder 695
 Abschlußkompetenz des Bundes 695
 Änderung 699f., 707ff., 718
 Anhörungsrechte der Länder 695f.
 antezipierte Zustimmung 703, 708f.
 auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung
 bezogener ~ 701
 Auslegung, dynamische 707ff.
 Generalermächtigung der Bundesregierung
 zum Abschluß eines ~es 703
 Grundrechtsbindung hinsichtlich eines ~es
 715
 Kontrollrechte 700, 703, 708f.
 parlamentarische Mitwirkung 699ff., 706ff.,
 718
 politischer ~ 700f.
 Vertragsgesetz 699f.
 Vorbehalt des Gesetzes 701f., 704
 Wesentlichkeitstheorie 701f.
- Volksentscheide *siehe* Demokratie, direkte
 Volkssouveränität
 Abwägungsoffenheit 564
 Beschränkungen zum Schutz künftiger Ge-
 nerationen 575
 Bezugspunkt der Wahlen 559, 905, 908f.
 Dimensionen 565ff.
 Grundlage der Demokratie 559f., 905ff.
 Herrschaftsunterworfenheit als Anknüp-
 fungspunkt 576ff.
 Optimierungsgebot aus der ~ 564f.
 personelle Dimension 567f.
- Prinzip der ~ 562ff.
 Rechtfertigung von Einschränkungen 564
 sachliche Dimension 565ff.
 Spezifizierung 563f.
 Spezifizierungsbedürftigkeit 563
 Subjekt 576ff., 905ff.
 verfassungsrechtliche Ausformungen 560f.
 Volk als Garant 560, 905ff.
 Wert der ~ 562f.
 zeitliche Dimension 568f.
siehe auch Demokratie/Demokratieprinzip;
 Herrschaft, abgeleitete; Legitimation; Macht;
 Öffentlichkeit der Entscheidungsfindung;
 Repräsentation; Selbstlegitimation, Verbot
 der
- Volkswille 578f.
 Volkszählungsurteil 116, 118ff.
 Vollzugsrecht 467
 Vorbehalt der Verfassung *siehe* Verfassung
 Vorbehalt des Gesetzes *siehe* Gesetzesvorbehalt
 Vorlagepflicht 68
 Vorrang der Verfassung 434
 Vorrang des Gesetzes 435f.
 Vorsorge, individuelle 829f., 832, 845, 853, 855,
 859f., 867, 869f.
 Vorsorge, soziale 832, 843, 846, 849ff., 862
 Systeme 849ff.
 Vorsorgeprinzip 888f., 892
 Vorsorgestaat, ökologischer 876, 881
 Vorstrukturierungsleistung der Institutionen
 230, 232, 238f.
- Waffengleichheit, prozessuale 499, 522
- Wahlen
 Demokratie und ~ 559ff., 585, 589, 905, 908
 Funktionen 589
 Legitimationszusammenhang durch ~ 567,
 905ff.
 Machtausübung durch Delegation 585
 Machtausübung durch Vorwegnahme der
 Wählerreaktion 585f.
 Volkssouveränität als Grundlage 559, 905,
 908f.
 Zielsetzungen 596f.
siehe auch Parteien; Wahlsystem
 Wahlkampfkostenerstattung *siehe* Parteienfi-
 nanzierung
- Wahlrecht
 Ausländer--~ 326f., 805
 Deutschenrecht 325, 577

- Individualrecht auf demokratische Strukturen 325
- Wahlrechtsgleichheit 589ff., 670
 allgemeiner Gleichheitssatz und ~ 592ff., 608
 Bedeutung 590f.
 einheitliche Dogmatik in allen Wahlsystemen 594, 601, 605ff.
 Einschränkungsmöglichkeiten 592, 607f.
 Erfolgsschancengleichheit 601
 Erfolgswertgleichheit 593, 598, 600ff.
 Prinzipiencharakter 608
 Schutzbereich 591
 unterschiedliche Wirkung in verschiedenen Wahlsystemen 593, 600ff., 604f.
 Zählwertgleichheit 593, 600f., 607
siehe auch Wahlsystem
- Wahlrechtsgrundsätze
 Bedeutung 589f.
 Einschränkungbarkeit 590
 einzelne Wahlrechtsgrundsätze 589
 subjektive Rechte 588
siehe auch Wahlrechtsgleichheit
- Wahlsystem 593, 595ff., 670
 Bewertungen der ~e 599
 Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 593, 595ff., 600, 602
 Gleichwertigkeit von Verhältnis- und Mehrheitswahl 596ff., 600, 602, 670
 Legitimationsformen der verschiedenen ~e 596f., 605
 Mischwahlsysteme 606
 Präferenz der Verhältniswahl 597ff.
 Unterscheidung von Mehrheits- und Verhältniswahl 602f., 606, 608
 unterschiedliche Anforderungen der Wahlrechtsgleichheit 593, 600ff., 604f.
- Wahlvorschlagsrecht, Monopolisierung des ~es 909f.
- Wahlwerbung/Wahlkampf 170f.
- Warenverkehrsfreiheit 128
- Warn- und Besinnungsfunktion 29
- Warschauer Vertrag 323
- Wechselwirkungslehre 13, 111, 175ff., 402f., 818
- Wehrpflicht 340
- Wert der Äußerungen 181
- Wertordnung des Grundgesetzes 562f., 904f.
- Werttheorie der Menschenwürde 82
- Werturteile 176f.
- Wesensgehaltsgarantie 18, 29f., 452f.
- Wesentlichkeitstheorie 23f., 98f., 267, 270, 299, 313, 633, 673, 698f., 701f., 888
 Anwendung auf auswärtige Gewalt 698f., 701f.
 Anwendung im Verhältnis von Privaten 313
- Wettbewerb, Schutz vor 256, 268f.
- Wettbewerbsfreiheit 269
- Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung 440, 742f., 785
- Widerstandsrecht 430
- Wiederaufarbeitungsanlagen *siehe* Kernenergie
- Wiedervereinigung, Rechtsfolgen der 280f., 322ff.
- Willkürformel 6, 129f., 136, 541
- Willkürmaßstab 131, 135, 140, 142, 144, 161f.
- Willkürverbot 130f., 136, 139, 141ff., 146, 153
- Wirtschaftsaufsicht 266f.
- Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes 241f., 244f., 248, 855, 861, 879, 900
- wissenschaftliche Mitarbeiter, Befristung der Arbeitsverhältnisse von ~n 311
- Wissenschaftsfreiheit 44, 58, 139
- Wohlfahrtsstaat 828, 834f., 858, 860, 865, 870
- Wort, Recht auf das eigene 113
- Wyhl-Urteil 889, 891
- Zählwertgleichheit *siehe* Wahlrechtsgleichheit
- Zinsbesteuerungs-Urteil 547
- Zitiergebot 26, 29
- Zugangsverpflichtung 290
- Zulassungsbeschränkungen 244, 261
- Zumutbarkeit eines Eingriffs 32, 451f.
- Zustimmungsverordnung 674
- Zwangslizenzen 291
- „Zwangsdemokrat“ 171
- Zwangsmitgliedschaft 122f., 137
- Zweck, Rechtmäßigkeit des ~es 450
- Zweckwahl, gesetzgeberische Freiheit der 450
- Zweitregister-Entscheidung 311f.